

Stenographischer Bericht

über die

7. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 15. März 1921.

Inhalt:	Seite
Personalien:	
Abwesenheitsanzeige des Abg. Anton Weigelberger	108
Auflage:	
Beilagen Nr. 60 bis 72	137
Zuweisungen:	
Beilagen Nr. 10, 34 an den Finanzausschuß	137
Verhandlungen:	
Beilage Nr. 6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatlerin Abg. Kaufmann	137
Annahme des Auschußantrages	138
Beilage Nr. 21. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatlerin Abg. Kaufmann	138
Annahme des Auschußantrages	138
Beilage Nr. 20. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Seehofer	138, 139
Redner Abg. Tausk	139
Annahme des Auschußantrages	139
Beilage Nr. 41. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Seehofer	140
Annahme des Auschußantrages	140
Beilage Nr. 32. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Saringer	140
Annahme des Auschußantrages	140
Beilage Nr. 38. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Sonnhammer	140
Annahme des Auschußantrages	141
Petition Nr. 1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Sonnhammer	142
Annahme des Auschußantrages	142
Beilage Nr. 42. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatler Abg. Schreckenthal	142
Annahme des Auschußantrages	143
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Süßler und Genossen	143
Dringlichkeitsantrag der Abg. Schreckenthal und Genossen, betreffend die von der Entente verlangte Ablieferung von Milchkühen.	
Redner: Landesrat Dr. Süßler	143
Abg. Schreckenthal	143
Landeshauptmann Dr. Rintelen	143
Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf	144
Annahme des Auschußantrages der Abg. Schreckenthal und Genossen	144

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Tagesordnung der nächsten Sitzung 144

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Zingl und Genossen, betreffend die ehefte Durchführung der Regulierungsarbeiten des Tauchenbaches in der Ortschaft Rahnsdorf, Gemeinde Peggau.

Antrag der Abgeordneten Dr. Klusmann, Fink und Genossen, betreffend eine Landdienstboten- und Landarbeiterordnung für das Land Steiermark.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Gföller und Genossen an den Landeshauptmann in Angelegenheit der mangelhaften Fleischversorgung.

Beantwortung durch den Landeshauptmann.

Wechselrede.

Redner: Abg. Gföller 108, 127

Landeshauptmann Dr. Rintelen 113

Landesrat Dr. Sübler 116, 136

Abg. Schreckenthal 117

Abg. Krawagna 118

Abg. Jenz 120

Präsident Regner 122

Landesrat Machold 124, 134—137

Landesrat Winkler 129

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer 132

Annahme des Antrages des Landesrates Dr. Sübler 137

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 50 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Georg Gafz, Johann Leichin, Franz Wihany und Dr. Otto Durgern.

Präsident Kölbl: Ich eröffne die siebente Sitzung des Landtages.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Anton Weigelberger.

Es wurden zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, und zwar:

der Abgeordneten Dr. Sübler, Walter und Genossen, betreffend die Zurückweisung der von der Wiedergutmachungskommission geforderten Ablieferung von 6000 Milchkühen, und ein gleichlaufender Antrag der Abgeordneten Schreckenthal und Genossen, betreffend die von der Entente verlangte Ablieferung von Milchkühen.

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, welche dafür sind, daß die Anträge unter Umgehung der Drucklegung und der geforderten 24stündigen Auflagefrist heute noch zur Verhandlung kommen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschloffen.

Diese beiden Anträge werden am Schlusse der Tagesordnung zur Verhandlung kommen.

Ferner wurde eingebracht eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Gföller, Stameh, Fröhlich und Genossen an den Landeshauptmann in Angelegenheit der mangelhaften Fleischzuweisung.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gföller das Wort.

Abgeordneter Gföller: Hohes Haus! Ich habe mich namens unseres Klubs veranlaßt gesehen, eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann in Angelegenheit der mangelhaften Fleischversorgung einzubringen, die folgendermaßen lautet (liest):

„Mit Rücksicht auf den vollständigen Zusammenbruch der Fleischversorgung stellen die Unterzeichneten folgende dringliche

Anfrage:

Was gedenkt der Landeshauptmann zu tun, um dem schrankenlosen Wucher mit Fleisch und Vieh entgegenzutreten und die bei der sonst mangelhaften Versorgung der Bevölkerung unbedingt notwendige Aufrechterhaltung der Fleischversorgung zu sichern?“

Zur Begründung dieser dringlichen Anfrage gestatte ich mir folgendes auszuführen. Ich halte es für not-

wendig zurückzukommen auf meine Ausführungen, welche ich anlässlich der letzten Debatte bei Beratung über das Budgetprovisorium gehalten habe, weil die heutige Anfrage in einem geistigen Zusammenhange mit den damaligen Ausführungen steht, und da halte ich es für notwendig, den Zweck der Anfrage und vielleicht auch den Zweck der damaligen Ausführungen noch einmal kurz folgend darzulegen. Es ist uns fern gelegen, einen einseitigen Standpunkt einnehmend, diese Frage in der Budgetdebatte aufzurollen und es liegt uns auch fern, heute diese Frage einseitig zu behandeln, weil wir der Meinung sind, daß dies eine Angelegenheit ist, die alle Kreise der Bevölkerung gleich wichtig betrifft. Der Herr Abgeordnete Jenz hat zwar das letztemal bezweifelt, daß meine Absicht gewissermaßen eine reelle gewesen sei und hat auch gesagt, meine damaligen Ausführungen hätten nicht den geringsten Eindruck auf ihn gemacht wegen der Absicht, in der sie gehalten wurden. Ich kann nun heute dem Herrn Abgeordneten Jenz sagen, daß die Absicht war, vor einem Schritt zu warnen, der jetzt nun begangen worden ist und der zu den verhängnisvollsten Folgen geführt hat und noch führen kann. Ich habe damals vorausgesagt, daß, so wie die Verordnung geplant war und inzwischen auch durchgeführt worden ist, sie der konsumierenden Bevölkerung absolut keinen Schutz bieten kann, und ich sage heute, daß die Verordnung, nachdem wir sie in ihrer Wirksamkeit kennen gelernt haben, uns zeigt, daß sie vollständig einseitig ist und daß sie die Absicht zu vertreten scheint, die mir damals der Herr Abgeordnete Jenz zugemutet hat, und zwar, jene Absicht, einseitig die Interessen einzelner Stände zu vertreten, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse anderer Stände. Ich habe damals vorausgesagt, daß ich an die Wirksamkeit der Höchstpreise nicht recht glaube und daß sie binnen kurzem überholt sein werden und daß die Formulierung von Fleischhöchstpreisen nichts anderes bedeutet, als der konsumierenden Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, und ich habe gesagt, binnen kurzem werden wir sehen, daß die Landesregierung freiwillig oder gezwungen, diese Höchstpreise erhöhen müssen. Nun ist das eingetreten, und wenn ich dem Herrn Abgeordneten Jenz etwas unterschrieben wollte, so würde ich sagen, seine Ansicht ist in Erfüllung gegangen, daß es seiner Partei und der Landesregierung gelungen ist, unsere Bemühungen zu vereiteln und unseren Warnungen ein taubes Ohr zu widmen. Wir haben heute den rücksichtslosesten, schrankenlosesten freien Handel, wie er von Ihrer Seite seit langem gefördert und gewünscht worden ist. Wir haben eine Fleischpreisfest-

setzung, ohne jedoch eine Wirksamkeit beobachten zu können und als Folge davon sehen wir, daß wir entweder gar kein Vieh von den Landwirten bekommen, oder doch nur zu einem sehr hohen Preise, so daß es sogar vorgekommen und in der letzten Zeit Regel geworden ist, daß die amtlichen Einkäufer nicht imstande sind, Vieh für jenen Preis einzukaufen, der notwendig wäre, um den Fleischhöchstpreis, welchen die Landesregierung festgesetzt hat, einhalten zu können. Auch die Landesregierung selbst hat vor kurzem in einer Mitteilung des Landespressedienstes gewissermaßen eine Bankrotterklärung ihrer Fleischversorgungspolitik bekanntgegeben, indem gesagt wird, daß selbst aus bäuerlichen Kreisen Klage darüber geführt wird, „daß fortgesetzt von dem legitimen Gewerbe nicht angehörenden Personen Vieh aufgekauft und das Fleisch an die zahlungskräftigen Privatkonsumenten weitergegeben wird, und dadurch werde der frühzeitige Ankauf von Vieh gefördert, das durch entsprechende weitere Fütterung eine bessere Ausbeutung ermöglichen würde.“ Als Rezept, diesem Übelstande abzuweichen, hat in der gleichen Veröffentlichung die Landesregierung die politischen Unterbehörden angewiesen, dahin zu wirken, daß dem Treiben von dem legitimen Gewerbe nicht angehörigen Individuen, welche sich in preisfreiberischer und die Fleischversorgung der Bevölkerung gefährdender Weise mit dem Vieh- und Fleischhandel beschäftigen, ein Ziel gesetzt wird. Wir haben aber inzwischen gesehen, daß diese papierene Belehrung an die nicht legitimen Händler selbstverständlich ohne Erfolg geblieben ist und, wenn wir rückschauen, ob dem Preise des Viehs auch der Preis des Fleisches angepaßt ist, so sehen wir, daß wir beim letzten Kontingentierungssystem für das Kilogramm Lebendgewicht 20 K zu verzeichnen hatten, während beim freien Handel unter 80 bis 90 K Lebendgewicht überhaupt kein Fleisch zu bekommen ist, ja in vielen Fällen mehr verlangt wird. Wir haben gesehen, daß die Landesregierung bemüht gewesen ist, zwei- bis dreimal die amtlichen Fleischpreise in die Höhe zu setzen, so daß wir heute in Graz bei einem amtlichen Fleischpreise von 130 bis 160 K pro Kilogramm und in den Zuschußgemeinden, in der Provinz von 120 bis 150 K angelangt sind. Aber das ist auf dem Papier, in Wirklichkeit ist es nicht möglich, auf Grund der bestehenden Vorschriften über die Viehaufbringung diesen Preis einzuhalten, in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß jetzt ein Kilogramm Fleisch im Detailverkauf auf 200 K zu stehen kommt. Nun ist es klar, daß die Stadtgemeinde Graz es nicht wagen darf, um den Preis von 200 K das Fleisch an die Bevölkerung abzugeben, weil der allergrößte Teil

der Bevölkerung einfach nicht imstande wäre, um diesen Preis sich ein Bröckchen Fleisch zu verschaffen. Es ist daher notwendig, daß wenigstens verbilligte Rationen ausgegeben werden, die auf 110 bis 128 K veranschlagt werden; dazu braucht jedoch die Stadtgemeinde Graz wöchentlich zirka 7 Millionen Kronen. Wenn wir diese Summe multiplizieren mit den Wochen und Monaten des einzelnen Jahres, kommen wir zu ganz ungeheuren Ziffern, die wir dieser Systemlosigkeit in der Vieh- und Fleischversorgung zu verdanken haben. Aber die Landesregierung hat ja eine wunderschöne Verordnung ausgearbeitet, wie es möglich sein wird, trotz der hohen Fleischpreise, die durch die Freigabe des Viehverkehrs gekommen sind, der Bevölkerung billiges Fleisch zu verschaffen und in dieser Verordnung wird eine wunderschöne Rechnung darüber aufgestellt, wie das Fleisch verbilligt werden könnte. Es werden nun wahrscheinlich nicht alle darüber informiert sein, wie diese Verbilligung geplant ist, und ich gestatte mir daher, Ihnen dies kurz zu zeigen. Es war angesetzt als Bedarf bis 30. Juni ein Betrag von 50 Millionen Kronen. Die Deckung dieses Betrages hat sich die Landesregierung folgendermaßen vorgestellt: Durch vorhandene Fonds aus Jagd- und Waldbesitz 4 Millionen Kronen, durch Bundeszuschüsse 27 Millionen Kronen, durch Geldstrafen von aus dem Vorjahre rückständige Lieferanten 20 Millionen Kronen, so daß die Landesregierung auf dem Papier zu einem Überschuß von $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen gekommen und also die Verbilligungsaktion beinahe noch ein Geschäft für die Landesregierung gewesen wäre. In Wirklichkeit hat aber die Systemlosigkeit der Viehaufbringung natürlich ganz andere Ziffern und Folgen gezeitigt, denn es wurden im Lande Steiermark im Jänner 18 Millionen Kronen, im Februar 30 Millionen Kronen, zusammen also in den zwei ersten Monaten ein Betrag von 48 Millionen Kronen nur für die Verbilligung der Rationen ausgegeben. Nun ist aber eine große Post, die allein beinahe zur Hälfte diese Ausgaben zur Verbilligung decken würde, im Plane ausgewiesen, und das sind die Strafgeelder. Ich habe aber bis heute nicht gehört und trotz aller Erkundigungen, die ich eingezogen habe, war es nicht möglich, zu erfahren, welcher Betrag aus diesen Strafgeeldern eingeflossen ist. Ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, daß der Betrag ein so geringfügiger ist, daß man ihn überhaupt nicht nennen kann und darf. Ich glaube, daß dieser Betrag nicht einmal jenen Betrag erreicht, der für Papier für die Herausgabe von Verordnungen und Berechnungen über die Verbilligungsaktion für die neue Vieh- und Fleischauf-

bringung ausgegeben würde. (Rufe: „Sehr gut!“) Wer mußte aber herhalten, um diese Kosten zu bestreiten, welche die Verbilligung des Fleisches erfordert hat? Da haben wir früher einmal — wir können uns lebhaft daran erinnern — gehört, daß in Wien eine Körperschaft ihren Sitz hat, die sich Staat nennt und die eigentlich keine Daseinsberechtigung in unserem Lande habe, weil in erster Linie eine Existenzberechtigung in diesem Staate nur die Länder haben und der Staat doch nur davon lebe — man hat das so zwischen den Zeilen lesen können —, daß er die Länder gewissermaßen auswurft. Wen wir uns nun diese Fleischverbilligungsaktion ansehen, so müssen wir uns sagen, daß es der viel verlästerte Staat allein ist, der es den Steirern ermöglicht hat, daß wenigstens die kargen Rationen Fleisch zu billigen Preisen abgegeben werden konnten, weil der Staat der Hauptleidtragende gewesen ist. Auch der Herr Landeshauptmann hat keinen Ausweg aus dem von Ihnen und Ihren Parteigenossen geschaffenen Labyrinth gefunden, als zum Staate zu gehen und zu sechten, um für die Steirer das bißchen Fleisch sicher zu stellen. So hat auch neuerdings das Volksernährungsamt den monatlichen Zuschuß von 30 Millionen Kronen für die Fleischverbilligung zugesagt. Nun ist das ein sehr schöner Betrag, aber wenn wir uns die Folgen des Systems ansehen, dann verschwindet dieser Betrag unter jenen Summen, die erforderlich wären, um die Fleischrationen weiter zu einem annehmbaren Preise sicherzustellen. Die Beträge für die Fleischverbilligung erfordern so ungeheure Summen, daß der Betrag von 30 Millionen Kronen, der für den März von der Staatsregierung abgegeben wird, kaum für die Fleischverbilligung der Stadt Graz im Monat März reichen wird, weil Graz allein wöchentlich 7 Millionen Kronen für die Verbilligung des Fleisches nötig hat. Wir sehen, daß nicht nur das alte Viehmonopol zusammengebrochen ist und katastrophale Folgen in punkto Fleischversorgung entstanden sind, sondern wir können auch voraussehen, daß die Verbilligungsaktion einem katastrophalen Zusammenbruch entgegengeht, wie bei der Fleischversorgung im allgemeinen, und da kann ich Ihnen von der rechten Seite nicht den Vorwurf ersparen, daß Sie an diesem Zustande die Schuldigen sind. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Sie haben unsere Warnungen überhört, ja Sie haben sich sogar darüber lächerlich gemacht und ich kann mich erinnern, und das stenographische Protokoll wird so etwas ähnliches bestätigen, daß der Herr Dr. Dankl eine mich scheinbar gefroren hat, wieso ich dazu komme, anlässlich der Budgetdebatte zu so einer wichtigen Frage Stellung zu nehmen; und das

Gegenbild haben Sie auf der anderen Seite auch bei Ihrem Parteimanne, dem Herrn Pfarrer Jenz, gehabt, der mir indirekt eine unlauffere Absicht in Verfolgung meiner Rede zugebilligt hat. Wenn ich heute mit den gleichen Argumenten dienen wollte, so müßte ich sagen, heute haben Sie Ihre Absicht erreicht, Sie haben es erreicht, daß die Landwirtschaft allerdings unerhörte Preise für ihr Vieh bekommt, Sie haben es aber auch erreicht, daß nicht nur die Rationen noch kleiner geworden sind, die die Bevölkerung bekommt und daß diese kargen Rationen überhaupt in Frage gestellt sind, und daß wieder Tausende von Menschen nicht imstande sein werden, sich dieses Stückchen Fleisch zu gönnen. Sie haben Ihre Absicht erreicht, daß das Fleisch beinahe den Weltmarktpreis erreicht hat. Ich möchte auch auf den unwidersprochenen Widerspruch hinweisen, daß das jugoslawische Fleisch heute auf nur 110 K zu stehen kommt, so daß nur eine Differenz von 10 K beim Kilogramm Fleisch zwischen Inland und Ausland besteht. Meine sehr Verehrten! Wir können uns nicht damit begnügen, diesem traurigen Zustande zuzusehen, diesem Zustande, der eine unerträgliche, ja katastrophale Lage schaffen wird, einem Zustande, in dem wir nicht imstande wären, die Folgen, die entstehen, zu beschwören. Damit ich mir nicht wieder den Vorwurf des Herrn Pfarrer Jenz zuziehe, einseitig zu sein, so möchte ich auch Ihnen sagen, daß auch für die Landwirtschaft meiner Ansicht nach diese Systemlosigkeit nicht glücklich genannt werden kann. Wenn Sie heute hinauskommen, so werden Sie vielfach einen Ausverkauf in den Ställen sehen; und Sie werden sehen, daß der Ausverkauf zumeist in jenen Ställen, die Sie früher als Ställe von Züchtern bezeichnet haben, zu finden ist. Sie werden Gelegenheitsverkäufe in den großen Ställen finden, weil die kleinen Bauern schon feinerzeit dem Volke gegeben haben, was des Volkes ist. Nun habe ich gehört, und ich gewärtige da vielleicht wieder vom Herrn Abgeordneten Dr. Dankl eine indirekt eine Rüge, daß ich aus der Schule plaudere und daß man nur aus diesen Indiskretionen die Absichten der Landesregierung erfahre und es von mir unerhört sei, den Absichten der Landesregierung vorzugreifen, wenn ich sage, daß die Befürchtung besteht, daß die Fleischverbilligung nur auf Kosten der Industrie durchgeführt werden kann. Meine Herren, Sie können mir glauben, daß ich mich für die Industriebarone nicht erwärmen kann, aber ich muß Sie aufmerksam machen, daß doch gerade in Steiermark die Industrie ein äußerst wichtiger Faktor unseres öffentlichen und Volkswirtschaftslebens ist, und ich muß Sie aufmerksam machen, daß wir uns hüten sollen, fort-

während nur der Industrie Lasten aufzubürden und sie dadurch konkurrenzunfähig gegenüber dem Auslande zu machen. Ich muß das sagen, weil Ihnen scheinbar an der Industrie wenig gelegen ist. Wir sind verpflichtet, darauf zu sehen, daß die Industrie nicht höher belastet werde, als andere Volkskreise, damit die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande erhalten bleibe und Tausenden und wieder Tausenden von Arbeitern das Brot in der Industrie gesichert werde. Wenn Sie daran denken, immer nur der Industrie die Lasten aufzubürden, dann wird diese Konkurrenzfähigkeit ein Ende haben. Wir werden dann ein solches Schauspiel erleben, daß wir Tausende und Tausende von Arbeitslosen haben werden und glauben Sie nicht, daß unter einer Massenarbeitslosigkeit in der Industrie auch die Landwirtschaft und die Gesamtbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird? Es soll auch geplant sein, die Verbilligung für die öffentlichen Angestellten in der Weise durchzuführen, daß man die einzelnen Reforts des Staates beauftragt, für die einzelnen Kategorien ihrer Angestellten Verbilligungszuschüsse zu leisten. Das erscheint mir wieder als einseitig und wenig einsichtsvoll. Ich kann mich erinnern, daß gerade die Partei der Christlichsozialen und die mir zunächst sitzende Gruppe darauf hingewiesen haben, daß die Sozialdemokraten an der Banknotenüberflutung Schuld wären und daß sie an der dadurch verursachten Geldentwertung Schuld tragen und daß es eine der ersten Aufgaben der Bürgerparteien sei, die Banknotendruckerz abzustellen. Nun, meine verehrten Herren! Wenn Sie die Verbilligungsaktion für die Staatsangestellten in der Weise durchführen wollen, daß der Staat in Form von gleitenden Zulagen diese Verbilligung tragen soll, wo soll es der Staat hernehmen? Die Herren von der Landwirtschaft sind nicht bereit, in Form von Vermögensabgabe dem Staate Banknoten zur Verfügung zu stellen. Der Staat wird gezwungen sein, neuerdings Banknoten zu drucken, obwohl Sie, die Sie das Regierungsschiff leiten, die Verpflichtung hätten, die Banknotendruckerz abzustellen. Nehmen wir an, die Industrie und der Staat wären imstande, diese neuerlichen Lasten auf sich zu nehmen, nehmen wir an, die Industrierarbeiter und die Staatsangestellten würden imstande sein, in Form von Gehalts- und Lohnerhöhungen auch diese neuen Lasten wieder abzuwälzen, aber was ist mit allen den anderen? Was ist es mit den kleinen Rentnern, mit den Pensionisten, mit den Arbeitergruppen, die nicht in der Industrie beschäftigt sind, was ist es mit den vielen Gemeindeangestellten? Was ist es überhaupt mit jener Bevölkerung, die nicht imstande ist, diese Lasten ab-

zuwälzen? Wir dürfen diese nicht der Gefahr aussetzen, daß sie auch kein Fleisch mehr essen dürfen. Wir müssen doch daran denken, daß wir neuerlich eine verschärfte Hungerwelle heraufbeschwören. Sie müssen denken, daß Sie neuerlich eine große Verantwortung auf sich nehmen würden. Nachdem Sie mir wiederholt widersprochen haben, so möchte ich darauf verweisen, daß ein bürgerliches Blatt, das „Grazer Tagblatt“, das in Ihren Reihen steht, vor kurzem geschrieben hat, daß diese Teuerung unerträglich ist, und daß dieses Blatt auf Oberösterreich verwiesen hat, wo es doch anders sei. Nun weiß ich nicht, wie Sie es eingeteilt haben. Sagt es die Wahrheit, wenn es zugunsten der Konsumenten das Wort ergreift oder, wenn es Ihre Forderungen vertritt. Auf alle Fälle erscheint mir Ihre Haltung im Landtage in bezug auf diesen Artikel in Widerspruch zu stehen, den ich mir nicht erklären kann. Wenn ich den Artikel zur Hand nehme, so muß ich sagen, daß die Ausführungen des „Grazer Tagblattes“ sehr vernünftige sind. Sie finden, daß das Tagblatt auf Oberösterreich verweist, indem es feststellt, daß dort diese Systemlosigkeit nicht platzgegriffen hat. Sie finden, daß es in Oberösterreich noch eine Lieferungspflicht gibt und eine wichtige Bestimmung, daß das Vieh nur an legitimierte Einkäufer der Landesregierung abgegeben werden darf. Das scheint mir das Wesentlichste zu sein, daß nicht nur der Fleischhöchstpreis, sondern auch der Viehhöchstpreis festgesetzt ist, weil die oberösterreichische Landesregierung wahrscheinlich nicht die Auflösung des Rätsels geben kann, wie man den Fleischhöchstpreis einhalten kann, wenn es beim Vieh keinen Höchstpreis gibt. Sie finden, daß das Viehüberkontingent nur um 4 K teurer bezahlt wird als das übrige und nur an legitimierte Einkäufer abgegeben werden darf. Nun hat das „Grazer Volksblatt“ gegen diesen Artikel gestürmt. Es ist ihm dieser Artikel unangenehm gewesen, nachdem sie doch sonst in dieser Angelegenheit Koalitionsgenossen sind. Ich glaube, einen ernstesten Widerspruch haben wir aus diesem Artikel nicht entnehmen können. Sie haben lediglich konstatiert, daß man Steiermark nicht mit Oberösterreich vergleichen dürfte, daß Oberösterreich selbst Kraftfutter für das Vieh gehabt hätte, während Steiermark das Futter teuer kaufen mußte. Daher komme auch der Preisunterschied, daß in Oberösterreich der Preis des Lebendviehes 18 bis 20 K betrage, während er bei uns 80, 90 K und noch bedeutend mehr betrage. Aber ich muß gestehen, ich bin kein Fachmann und ich bin nicht imstande, Ihnen nachzurechnen, welche Fleischverteuerung das Füttern von Korn verursacht. Aber ich kann Ihnen nur eines sagen, ich habe mir den dies-

jährigen Voranschlag angesehen und das Kapitel Grabnerhof aufgeschlagen und gefunden, daß hier ein Ertragnis aus der reinen Wirtschaft von 661.600 K veranschlagt ist, gegenüber dem Vorjahre von 400.000 K. Die Ausgaben für Kraftfutter und Viehsalz waren im Jahre 1920 mit 10.000 K und im Jahre 1921 mit 30.000 K veranschlagt, so daß der Preis des Kraftfutters nur um das dreifache gestiegen ist, während das Ertragnis aus der Rindviehzucht sich nicht ganz versechsfacht hat. Wenn man sich dieses Beispiel vor Augen hält, dann ist es nicht recht glaubwürdig, daß wegen des Kraftfutters ein so hoher Preisunterschied gegenüber Oberösterreich sein müsse. Nun, meine Herren, ich habe Ihnen in kurzen Worten geschildert, wohin diese Systemlosigkeit geführt hat; ich habe Ihnen gesagt, daß wir Sie davor gewarnt haben. Trotzdem hat die Landesregierung sich nicht bemüht gefunden, seinerzeit den Landtag oder auch nur einen Ausschuß desselben zu befragen, und ich habe auch festgestellt, zu welchen Folgen das geführt hat. Und nun fällt mir nebstbei auch ein, daß ich auch noch eine andere Feststellung zu machen habe, und zwar die, daß nicht nur wir mit der Politik der Fleischversorgung unzufrieden sind, sondern auch Christlichsoziale. (Widerspruch.) Während wir in Ihrem Blatte auf der ersten Seite die Verteidigung der Verordnungen der Landesregierung finden, finden wir rückwärts, unter den Provinznachrichten, Ansichten vertreten, die den unseren ähneln. So hat sich vor kurzem im „Volksblatte“ vom 10. März aus Hartberg eine Notiz gefunden (liest): „Sprunghafte Fleischpreise. Wer am 5. März ratlos in Gestalt einer Mittelfranks-, Arbeiters- oder Beamtenfrau mit leerer Einkaufstasche sich über den schon wochenlangen Mangel an Fleisch in dem früher so gesegneten Hartberg die Gassen passierte, bekam nun neuerdings eine Gedanken- und Geduldssprobe zu kennen, die Hiobshofschafft von den neuerlichen, durch die Landesregierung festgesetzten Fleischpreisen. Nun ist das einzige, was noch so halbwegs, wenn auch nicht oft, angeschafft werden konnte, das Fleisch, auch nicht mehr zu erstehen, außer man ist Kriegsgewinner oder gottbegnadeter Produzent. Wie früher die Kriegs- und Siegesnachrichten eine zeitlang einander jagten, so liest man jetzt täglich von neuen Preiserhöhungen. Was man anschaut, ist bald nicht mehr zu erschwingen. Und das Ende? Halt, noch etwas, wo sind denn die festgesetzten neuen Vieheinkaufspreise?“

Sie sehen also, daß die Unzufriedenheit nicht nur bei uns zu finden ist und die Absicht meiner Rede keine einseitige sein kann, sondern daß wahrscheinlich auch Ihre eigenen Parteigenossen mit mir eines Sinnes sein

würden, wenn sie Gelegenheit hätten zu erfahren, was ich Ihnen heute vor Augen geführt habe. Wenn ich das, was ich gesagt habe, zusammenfasse, so möchte ich sagen, daß wir es für notwendig halten, daß eine geregelte Wirtschaft in der Fleisch- und Viehaufbringung, in der Fleischversorgung eintrete und daß wir heute noch durch die Wucht der Tatsachen neuerdings gestärkt, mehr denn je der Überzeugung sind, daß eine geregelte Fleischversorgung nur dann möglich ist, wenn man die Lieferungspflicht festlegt zu Viehhöchstpreisen und außerdem aber auch daran denken muß — wenn Sie schon nicht imstande sein sollten, die Geister, die Sie gerufen, los zu werden — Mittel und Wege zu finden, um Fleisch zu erschwingbaren Preisen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Wie dieses Kunstwerk durchzuführen ist, müssen wir Ihnen überlassen, denn Sie haben auch diesen Zustand heraufbeschworen. Sie haben den Zustand herbeigeführt, Sie sind auch verpflichtet, den Weg zu weisen, der aus diesem Zustand herausführt. Es steht fest, daß die Schuld an Ihnen liegt, daß die bürgerlichen Parteien die Regelung gemacht haben, ohne den Landtag überhaupt zu befragen, und es steht anderseits fest, daß Sie sich damit eigentlich im Widerspruch befinden — ich muß dies neuerlich feststellen — mit Ihren Parteigenossen in Oberösterreich. Ich weiß nicht, sind wirklich die Krafftuttermittel allein schuld oder sind in Oberösterreich andere Christlichsoziale (Abgeordneter Leichin: „Bessere Christen!“); denn in Oberösterreich finden wir immer wieder warme Worte, die auch wir Konsumenten unterschreiben können, dort finden wir, daß Ihr Parteigenosse Hausner die Worte des Herrn Abgeordneten Jenz: „Gebt dem Volke, was des Volkes ist“ gesagt hat, während Sie hier einseitige Klassenpolitik treiben und Ihnen die Notlage der konsumierenden Bevölkerung gleichgültig zu sein scheint. Ich möchte Ihnen neuerlich in Erinnerung bringen, was Ihr Parteigenosse Hausner gesagt hat, so sagte er unter anderem (lieft):

„Es ist eine Pein, daß es Tausende und Tausende von Leuten in Oberösterreich gibt, die sich nicht satt essen können, es gibt Tausende von armen Kindern und Kranken, die zugrunde gehen, weil sie nicht die entsprechende Nahrung haben und deshalb müssen es die Landwirte begreifen, wenn immer und immer wieder der Ruf an sie ergeht: „Liefere, liefere und wiederum liefere.“

Deshalb müssen wir immer wieder an die gutgesinnte Bauernschaft herantreten, denn wir haben ein hohes Ziel, wir müssen die Hungrigen speisen, den Kranken etwas bieten, wir müssen wirkliche christliche Nächstenliebe üben. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten:

„Das gibt es in Steiermark nicht!“) Diese Worte des Herrn Landeshauptmannes entfesselten in der Versammlung des christlichen Bauernbundes in Linz stürmischen Beifall, und der Abgeordnete Födermeier hat ausgeführt: „Die Organisation des Bauernbundes müsse dem Bauern zu seinem Rechte verhelfen, aber auch den Bauer zu einem pflichtbewußten Ernährer unseres Volkes heranziehen, denn in unserem zusammengebrochenen Staate sei die strengste Pflichterfüllung das oberste Gebot.“ (Abgeordneter Leichin: „Gebt hin und tuet desgleichen!“) Es ist mir nicht möglich, eindringlichere Worte zu finden, als Ihr Parteigenosse Hausner sie gefunden hat, und ich glaube, ich kann Ihnen den Ernst der Lage und, ich möchte sagen, die Not der konsumierenden Bevölkerung nicht deutlicher und drastischer schildern, als Ihr Parteigenosse in Oberösterreich es getan hat. Ich schließe nunmehr und behalte mir vor, einen Beschlusantrag in dieser Angelegenheit einzubringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann Dr. Rintelen: Hohes Haus! Eine so wichtige und schwerwiegende Frage, wie die der Fleischversorgung läßt sich nur behandeln im Zusammenhange mit der gesamten wirtschaftlichen Situation, einerseits der landwirtschaftlichen, aber überhaupt der gesamten Situation der Wirtschaft unseres Staates, insbesondere auch der gesamten Preisbildung, und läßt sich nur beurteilen, wenn man anderseits auch den Einfluß, den der Friedensvertrag auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nimmt, dabei gleichmäßig in Erwägung zieht. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Der Herr Vorredner hat den grundlegenden Fehler gemacht; er hat nämlich den Vergleich zu ziehen vergessen zwischen jenem Territorium, welches vor dem Kriege die Fleischversorgung der steirischen Konsumorte zu versorgen hatte, und jenem Territorium, welches heute hiefür in Betracht kommt. Vor dem Kriege sind die steirischen Konsumorte mit Fleisch beliefert worden nicht bloß aus dem Gebiete Steiermarks, das uns heute restlich verblieben ist, sondern die Belieferung erfolgte nur zum geringen Teile aus diesem Gebiete. Wesentlich sind dazu gekommen der Süden Steiermarks, dann Kroatien, Slawonien und Ungarn, und das sind Gebiete, die heute für uns als gegnerisches Ausland in Betracht kommen (Rufe bei den Christlichsozialen: „Sehr richtig!“), was für uns doppelte Schwierigkeiten bietet, und zwar einerseits die Absperrungsmaßregeln der einzelnen Länder, die zum Teile noch bestehen, wenn auch in viel gemindertem Maße, dann aber noch die valutafische Schwierigkeit, die so großen Einfluß auf die Preisbildung hervorruft.

Das ist der Haupt Gesichtspunkt, der für die ganze Ernährungsfrage, insbesondere für die Fleischfrage, in Betracht kommt. Dies kommt aber nicht nur für die unmittelbare Fleischfrage in Betracht, sondern auch noch für ein anderes Moment, welches aber grundlegend ist für die ganze Fleischproduktion, denn wir können heute hier von der Fleischlieferung und Fleischversorgung gar nicht sprechen, wenn wir nicht grundlegend zurückgehen auf die Frage der Fleischproduktion, und diese ist bei uns vor allem dadurch gehemmt, daß dem unglücklichen Reste von Steiermark das Beste, was hiefür in Betracht kommt, fehlt, und das ist das Kraftfutter!

Früher haben die Landwirte, die im klimatisch so schwierigen Gebiete Obersteiermarks ihr Vieh aufziehen müssen, das Kraftfutter leicht bekommen, und zwar aus Kroatien, Slawonien und so weiter, und es war ihnen umso leichter, die Milchproduktion zu heben. Wenn Sie aber eine Ahnung hätten, wie schwer es heute den Landwirten gelingt, Kraftfutter zu bekommen, und welche Preise sie dafür zahlen müssen infolge der valutatischen Schwierigkeit und der bestehenden hohen Ausfuhrzölle (Rufe: „Und Eisenbahnfrachten!“), die darauf lasten, würden Sie diese Frage von einem andern Gesichtspunkte beurteilen müssen. Wenn Sie bedenken, das es jetzt überhaupt schwer möglich ist, für das Vieh Mais zu bekommen, 1 Kilogramm aber auf 30 K zu stehen kommt, und daß zur Produktion von einem Kilogramm Fleisch 8 Kilogramm Mais notwendig sind, dann können Sie berechnen, daß dem Landwirte jedes Kilogramm Fleisch 240 K kostet. (Widerspruch. — Zwischenrufe des Abgeordneten Leichn.)

Wenn Sie das besser wissen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nach mir das Wort ergreifen würden, damit ich von Ihnen etwas lernen könnte.

Deshalb ist eine Parallele mit Oberösterreich zu ziehen ganz verfehlt; die Oberösterreicher haben den doppelten Unterschied vor uns voraus, erstens, daß die oberösterreichischen Bauern in der wirklichen Lage sind, Mais selbst zu produzieren und sich dadurch selbst Kraftfutter zu erzeugen, und zweitens noch etwas: der oberösterreichische Bauer lebt nicht etwa wie der größte Teil unserer Bauern nur von der Viehzucht, sondern er lebt auch vom Getreidebau und ist dadurch in der Lage, ein gewisses Defizit für den Viehpreis zu ertragen. Jetzt kommen wir noch zu einem weiteren Punkte, der unsere wirtschaftliche Produktivität wesentlich beeinflusst. Steiermark war jenes Gebiet, das besonders während des Krieges am härtesten von Requisitionen betroffen wurde (Zustimmung bei den Christlichsozialen

und Bauernbündlern), während andere Länder es verstanden haben, passive Resistenz zu leisten. Darunter war auch Oberösterreich, von dem wir wissen, daß es sich auch heute noch glänzend absperrt. Oberösterreich und alle diese Länder haben es verstanden, während des Krieges passive Resistenz gegen die Requisitionen zu treiben, nur Steiermark war das Land, wo man sich bemüht hat, ohne Rücksicht auf die allgemeine Lage der Viehwirtschaft den Requisitionen nachzukommen. Insbesondere mußten wir in Steiermark fast die ganze Isonzoarmee erhalten. Das sind Momente, die man nicht vergessen darf, man darf die Vergangenheit gar nicht in Erwägung ziehen und aus gewissen Brocken sich ein Urteil über die Situation anmaßen. Man muß die Sache von diesem Standpunkte aus nehmen. Und dann kommt noch etwas: Mit Ende des Jahre 1917 war die Bevölkerung, wie Sie gewiß in Erinnerung haben, bezüglich der Ernährungsfrage schon ziemlich deprimiert, und da hat man, um die Stimmung zu heben, die bekannte Fleischverbilligung eingeleitet. Weil in Steiermark alles requiriert wurde, hat man auch das Jungvieh vom Jahre 1917 wegrequiriert, und diese Requisition des Jungviehs vom Jahre 1917 hat uns eine ganze Generation von Vieh geraubt (Zustimmung bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern), und zwar gerade jene Generation Vieh, die heute vom Standpunkte der Milch- und Fleischproduktion in erster Linie heranzuziehen wäre. (Zustimmung bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.) Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren, folgendes: Man muß diese Fragen heranziehen, wenn man eine objektive Beurteilung in die Sache bringen will. Und wenn man alle diese Gesichtspunkte heranzieht, ohne Zwischenrufe, die nur auf Schlagworte beruhen, dann kommt man zu dem traurigen Ergebnisse, daß die Fleischverhältnisse ungeheuer traurige und schmerzliche sind und daß nicht die Produktionspolitik, sondern die Kriegsjahre und der unglückliche Ausgang des Krieges in Verbindung mit den valutatischen Verhältnissen, und nicht wir das alles herbeigeführt haben. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.)

Die Landesregierung hat sich verpflichtet gefühlt, das möglichste zu tun, um diesen unglücklichen Verhältnissen abzuhelpen. Es ist viel besser, wenn alle von dem Streben erfüllt sind, diesen wunden Punkt, losgelöst von Parteipolitik, in einer Weise zu lösen, die allgemein in Betracht kommt. Wir müssen uns in der Sache vor Augen halten, daß es nicht im Interesse der Konsumenten ist, wenn wir eine Politik betreiben, die die Produktion zugrunde richtet. Wir werden dadurch für die paar Wochen vielleicht mehr Fleisch haben, aber die folgen-

den Generationen und auch wir selbst in den folgenden Jahren würden unter dieser Kurzsichtigkeit wesentlich leiden. Wir müssen einen Weg finden, der diese Interessen in einer Weise wahr, daß dadurch die Produktion nicht gestört wird. Welche wichtigen Gesichtspunkte haben wir? Mein geehrter Herr Vorredner hat von der Viehproduktion von Oberösterreich gesprochen, von den dortigen billigen Viehpreisen und so weiter. Da muß ich Ihnen die Mitteilung machen, daß ich vor einigen Tagen in Wien mit dem oberösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreter gesprochen habe. Der hat mir mitgeteilt, daß sie dort auch nicht die jetzigen Viehpreise werden halten können und daß die Viehpreise in Oberösterreich in einigen Tagen eine Erhöhung erfahren werden. Warum? Erstens, weil die allgemeinen Produktionskosten der Landwirte steigen. Wenn Sie bedenken, daß das Roheisen dreihundertmal soviel kostet wie vor dem Kriege, so werden Sie das begreifen. Ich weiß nicht, was heute jeder Dachziegel, was jede Sense kostet, aber Sie werden begreifen, daß der Bauer das in Erwägung zieht. Ich habe einmal eine Vertrauensmännerversammlung auf dem Lande abgehalten und habe den Bauern zugeredet, sie möchten für die Viehaufbringung eintreten. Da hat mir einer der Bauern gesagt: „Schauen Sie, Herr Landeshauptmann, Sie verlangen von mir, daß ich mein Vieh um 6000 K oder 7000 K abliefere. Nach meinen Produktionsverhältnissen bin ich in der Lage, jährlich ein Stück Vieh zur Abgabe zu bringen. Ich bekomme für dieses Stück Vieh 6000 bis 7000 K. Was kann ich mit diesem Betrage machen? Wenn ich meinen Angehörigen und meinen Diensthleuten nur einen einzigen Anzug im Jahre kaufe, ohne daß ich ihnen auch nur einen Lohn gebe, so brauche ich 20.000 K. Wie soll ich dabei bestehen können? Es geht nicht an! Sie müssen bedenken, daß bei uns ein großer Teil der Landwirte angewiesen ist auf die Viehproduktion und daß sie darin ihren ganzen Erwerb finden müssen, besonders dann, wenn sie nicht über reiche Wälder verfügen. Auch der mittlere und kleine Bauer muß leben und ist darauf angewiesen, daß er einen entsprechenden Preis für seine Produkte bekommt, nicht einen, der ihn bereichern soll, sondern nur einen solchen, der es ihm ermöglichen soll, in das nächste Jahr hinüberzukommen. In Obersteiermark muß der Bauer vom Erlöse seines Viehs auch noch Brot kaufen, weil er nicht genügend Getreide hat. Warum müssen nun die Viehpreise auch in Oberösterreich gesteigert werden? Wegen der erhöhten Produktionskosten, die nach unserer Schätzung 200 K übersteigen. Sie wissen, daß, wenn man auch noch so strenge Absperrungsmaßnahmen hat, man doch nicht ganz unab-

hängig vom Viehpreise der Nachbarländer ist. Bei uns wurde zum Beispiel Vieh über den Wechsel nach Wien getrieben, und hier hat unsere Aktion eingesezt, indem wir das Gebiet abgesperrt haben und starke Gendarmerieabteilungen dort gebildet haben. Dann kommt noch dazu, daß in letzter Zeit sich sogar ein Viehschmuggel nach Jugoslawien und Ungarn geltend machte, weil doch auch dort die Viehpreise höher sind als bei uns. Auch dort erfolgte eine Absperrung. Also, der erste Weg, der beschritten wurde, um die Viehpreise zu sichern, war die strenge und rücksichtsloseste Absperrung. Bei jedem, der beim Viehschmuggel ertappt wird, wird jedes Stück Vieh rücksichtslos beschlagnahmt und der Täter bestraft. Außerdem haben wir entsprechende Verfügungen erlassen, daß die Schlachtungen am Lande beschränkt werden auf den notwendigen Bedarf. Es wird jetzt in den einzelnen Konsumorten festgestellt, wieviel Bedarf vorhanden ist, um die einzelnen Bevölkerungskreise mit entsprechenden Quoten zu bedenken, und es wird das Maß der zulässigen Schlachtungen auf diesen Bedarf beschränkt. Weitere Verfügungen sind erlassen worden hinsichtlich der Wursterzeugung. Es hat sich gezeigt, daß manche Vieh gekauft haben, das zur Fleischerzeugung geeignet war, jedoch verworfen wurde. Es wurde angeordnet und es sind strenge Verfügungen ergangen, daß nur jenes Vieh, welches für die Fleischgewinnung ungeeignet ist, zur Verwertung verwendet werden darf. Sie sehen, daß eine Reihe von Gesichtspunkten sachlicher Natur ihre Verwirklichung gefunden haben. Vor allem haben wir die Beschränkung verfügt, und da knüpfe ich an einzelne Worte des Herrn Vorredners an, daß nur bestimmte, legitimierte Vieheinkäufer Vieh einkaufen dürfen. Es ist nicht ein unbeschränkter Viehverkauf zulässig, sondern es ist eine Beschränkung getroffen worden, um diese Wursteinkäufe zu verhindern.

In folgender Richtung liegt noch eine besondere Gefahr. Das Vieh, welches die Bauern jetzt haben, ist in einem ziemlich schlechten Ernährungszustande, denn es kommt bald die Zeit der Weide und da sucht der Bauer über diese Zwischenzeit hinwegzukommen, indem er das Vieh mangelhaft füttert. Es kommt daher in einen schlechten Ernährungszustand. Es ist nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Grundsätzen ganz verfehlt, wenn man trachtet, den Bauer zur Abgabe dieses Viehs zu veranlassen. Wenn er es über die Sommerweide erhält, so frißt das Vieh eigentlich unentgeltlich und ist nach dem Sommerwechsel im Herbst bedeutend schwerer und daher ist die prozentuelle Ausbeutung an Fleisch eine höhere. Es ist daher für die allgemeine Volkswirtschaft nachteilig, wenn jetzt einzelne Ein-

käufer durch Forzierung der Preise den Bauer zu bewegen suchen, daß er dieses schlechte Stück Vieh hergibt. Das war unsere zweite Maßregel, daß wir erstens den Einkauf beschränkten auf legitimierte Einkäufer, und zweitens, um das Durchhalten zu ermöglichen, daß wir Vieh aus dem Auslande einkauften. Dieser Einkauf führte natürlich zu einem höheren Preise. Der Preis ist über 200 Kronen; das klingt im ersten Moment unangenehm, hat aber zur Folge, daß zwar das weitere Ansteigen des Fleischpreises für inländisches Vieh verhindert wird, daß wir aber im Herbst nach der Sömmerung so hohe Fleischpreise haben, die wir nicht mehr herunterbekommen; daher der Vieheinkauf aus dem Auslande, der aus den Gründen, die ich schon vorher bekant habe, nicht zu vermeiden war. Um der Bevölkerung die hohen Fleischpreise leichter ertragen zu lassen, hat der Staat hier Zuschüsse geleistet, weil er sich auf den Standpunkt stellte, daß es nicht im Interesse der Produzenten und Konsumenten, sondern im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liege, daß das nicht schlachtreife Vieh erhalten bleibt bis zu dem Zeitpunkte, wo es schlachtreif ist. Wenn der Herr Interpellant sagt, daß ich nach Wien betteln gegangen bin, da muß ich schon erwidern, da fasse ich meine Stellung anders auf, als Sie es zu tun scheinen. Ich ging nicht betteln, sondern ich sagte mir: Warum geht das Geld nach Wien? Ein großer Teil dieses Geldes kommt doch von unserem Lande und von unserer Industrie.

Ich stehe auf dem Standpunkte, wenn die Industrie mit Recht gefördert wird, so muß auch die Landwirtschaft geradeso gefördert werden. Das ist dann kein Betteln, sondern ein Fordern. Und ich frage nun, meine Herren, wer die Industrie mehr fördert, wir oder Sie? Das wollen wir dahingestellt sein lassen (Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und wenn es Ihnen einmal gelingt, die Streiffrage vollständig zu regeln (Beifall und Widersprüche), dann werde ich sagen, daß Sie die ersten sind, denen das gelungen ist und nicht wir. Meine Herren, mir ist es sehr unangenehm, in solcher Weise auf ein politisches Kapitel überzugehen, aber Sie haben mich leider dazu gezwungen, indem Sie mich genötigt haben, auf Zwischenrufe und Angriffe zu reagieren. Ich glaube, wir sollten diese Frage rein vom sachlichen Standpunkte aus behandeln, um Abhilfe zu schaffen für unsere arme Bevölkerung, die so schwere Not leidet durch die Verhältnisse, in die sie durch den Krieg und den Friedensvertrag gekommen ist. Und ich gebe die Versicherung, daß die Landesregierung nach wie vor bemüht sein wird, in dieser Angelegenheit das Best-

mögliche zu leisten und den Intentionen, die in Betracht kommen, tunlichst Rechnung zu fragen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident Kölbl: Zur Wechselrede hat sich zum Worte gemeldet Herr Landesrat Dr. Hübler. Redezeit 20 Minuten.

Landesrat Dr. Hübler: Hohes Haus! Unser Fleischelend ist eine Folge der niedergebrochenen Volkswirtschaft, an der sowohl Produzenten als auch Konsumenten in gleicher Weise zu leiden haben. Es ist daher diese Frage weder einseitig vom Konsumenten-, noch einseitig vom Produzentenstandpunkte zu lösen. Zweifellos ist bei der jetzigen Fleischaufbringung manches zu beanstanden. Es wird berichtet, daß die mit dem öffentlichen Einkaufe des kontingentierten Fleisches beauftragten Organe die Fleischpreise ungeheuer in die Höhe schrauben, es wird berichtet, daß von einzelnen dieser Organe 85 bis 100 K pro 1 Kilogramm geboten werden, so daß Fleischer in einzelnen Bezirken kaum mehr in der Lage sind, diesem Angebote gegenüber ein Gegengewicht zu bieten. Es ist mir dies aus verlässlichen Quellen berichtet worden; das sind aber nur kleine Streiflichter, das sind Dinge, die das Wesen unseres Übels absolut nicht kurieren können und ist auch hier ein Ausweg aus diesem Fleischelend nicht gewiesen worden; denn ich glaube, eine Not läßt sich durch eine künstliche Zwangsmaßregel auf die Dauer nicht beheben, und ich halte es daher für unmöglich, daß ein einmal zusammengebrochenes und deshalb aufgehobenes Zwangssystem nicht wieder eingeführt werden kann. Ich sehe eine endgültige Lösung der Fleischfrage nur darin, daß unsere gesamte Wirtschaftslage auf dem Gebiete einer politischen Erlösung des Anschlusses an Deutschland endgültig geregelt werden kann. Alles andere, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nur ein Stück- und Flickwerk, und wenn wir uns dabei auch demagogische Schlagworte an den Kopf werfen in einer so dringenden Frage, so fördern wir unsere eigenen Interessen und die unserer Wähler in keiner Weise.

Was wir Großdeutschen in dieser Frage als augenblicklich zu retten betrachten, ist das, daß wir der Meinung sind, daß die wirtschaftlich am schwersten Ringenden in der Frage der Fleischversorgung bevorzugt werden sollen. Deshalb waren wir seinerzeit für das System der Staffellung. Dieses hat sich jedoch nicht durchführen lassen, weil die Stadtgemeinde Graz erklärte, daß der umfangreiche Apparat dieser Staffellung die Kosten der Verbilligungsaktion bei weitem überschreiten würde, und das ist auch einzusehen. Ich

möchte aber doch noch dem hohen Hause zu erwägen geben, ob es nicht möglich wäre, daß wir den Armsten der Armen, das sind heute die Pensionisten, Ungeheilten und Kleinrentner, diese sind heute diejenigen, die von der Wucht der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Boden gedrückt werden, ob es nicht möglich wäre, diesen eine Verbilligung zukommen zu lassen und da vielleicht eine Verbilligungsaktion einrichtet, wo die Verbilligung nicht auf den Fleischpreis kommt, sondern dem Betreffenden auf die Hand ausgezahlt werde, damit er in der Lage ist, an Stelle des Fleisches sich andere Nährwerte zu verschaffen. Das, meine Herren, frei von Demagogie und Schlagworten, erscheint mir zunächst geeignet zu sein, den Armsten der Armen zu helfen. Dann glaube ich, daß nur durch das Zusammenfassen aller Kräfte, sowohl der Konsumenten als auch Produzenten, wo jeder, der eine im Geben, der andere im Entbehren seinen Teil zu leisten hat, zum Wohle unseres Landes und unseres Volkes etwas Ersprießliches geleistet werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Schreckenthall: Hohes Haus! Die Angelegenheit der Fleischversorgung ist zweifellos eine außerordentlich wichtige und berührt alle Bevölkerungsschichten. Die Rede, die der Herr Abgeordnete Gschöller heute hier gebracht hat, hat mich lebhaft an das Ehepaar erinnert, das sich früher gut vertrug, nun aber sich getrennt und auf einander einen Haß hat. Die Rede des Herrn Abgeordneten Gschöller hat so viele Spitzen gegen die früheren Koalitionsgenossen, gegen die Christlichsozialen, enthalten, daß ich schon sagen muß, daß von objektiver Auffassung in der Rede nicht viel übrig geblieben ist. Meine Herren, Sie halten sich über die Höhe des Viehpreises, ja über jeden Preis, der von den Landwirten verlangt wird, auf. Sie wollen haben, daß die Landwirte nach wie vor zu den Preisen ihre Artikel hergeben, die die Sozialdemokraten ihnen zuzugestehen für gut finden. Mit diesem System muß einmal gebrochen werden, und ich muß offen sagen, die Landwirte werden es sich in Zukunft nicht mehr gefallen lassen, daß sie die einzigen sind, welche verpflichtet sein sollen, ihre Produkte unter den Gestehungskosten abzugeben. Die Produktionskosten haben sich ja wesentlich geändert, sie sind bedeutend gestiegen. Sie wissen genau, daß wir im Mai 1920 im Stephaniensaal eine Besprechung hinsichtlich des Vieh- und Fleischpreises gehabt haben, wo von dem Sprecher unserer Partei klipp und klar nachgewiesen wurde, was ein Kilogramm Lebendgewicht ausmacht. Herr Gschöller, Sie mögen lachen, Sie werden ja unsere Berechnung nicht anerkennen, weil Sie auch heute noch glauben und den Standpunkt einnehmen, daß ein Kilo-

gramm Lebendgewicht von einem Ochsen 1 Krone kostet. Nun, meine Herren, die Produktionskosten! Woraus setzen sich die Produktionskosten zusammen? Doch aus den Arbeitslöhnen, die gezahlt werden müssen. Dann, meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, möchte ich fragen, warum schauen Sie, daß die Arbeitslöhne bei den landwirtschaftlichen Arbeitern so hinaufgetrieben werden, warum setzen Sie eine so wahnsinnige Agitation ein? (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hier habe ich einen Akkordvertrag, den Sie den Landwirten abzwängen wollen. Ich erinnere nur an den Fall Fraueneder in Bruck, wo Sie die Frau unter Androhung von Gewalt zur Unterschrift auf den Kollektivvertrag gezwungen haben. (Rufe: „Hört, hört!“) Wie sieht nun der Kollektivvertrag aus? Dieser geht dahin, daß die landwirtschaftlichen Diensthboten neben der Verpflegung, Gewand und Beschuhung noch 2000 Kronen pro Monat zu bekommen haben. (Rufe: „Hört, hört!“) Es muß ein großer Unterschied gemacht werden, ob ein Arbeiter, zum Beispiel ein qualifizierter Arbeiter in Donawitz, nur einen Barlohn bekommt und sich davon Verpflegung, Beschuhung, Gewand usw. selbst zu beschaffen hat oder ob dem Betreffenden die größte Sorge weggenommen ist, wenn der Betreffende sich einfach zur vollen Schüssel setzen kann und ihm auch die Sorge um die Beschuhung, Wäsche usw., das sind die größten Ausgaben, weggenommen ist. Ich glaube, meine Herren, es ist nicht notwendig, wenn man eine Agitation einsetzt aus parteipolitischen Gründen, um die Stimmen der Landarbeiter zu bekommen, daß auch die Produktionskosten gesteigert werden. Es ist dies auch eine unaufrichtige Politik, auf der einen Seite geht der Spektakel los wegen Preiserhöhung, auf der anderen Seite machen Sie Schwierigkeiten bei den Landarbeitern, indem Sie die Löhne hinauftreiben. Meine Herren! Wenn Sie wollen, werden wir den Arbeitern jene Löhne zahlen, die Sie vorschreiben, aber dann werden auch Sie jene Preise bezahlen, die wir Ihnen vorschreiben. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Der Herr Abgeordnete Gschöller hat unter anderem auch gesprochen über das Kapitel „Grabnerhof“ und Ziffern des Voranschlages angezogen und daraus geschlossen, daß es in den landwirtschaftlichen Betrieben in bezug auf Reingewinn sehr gut stehen müsse. Der Budgetausschuß hat noch keine Beratung darüber gehabt; ich habe aber bereits bei der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß ich diese Aufstellung, wie sie über den Grabnerhof gemacht wird, für vollkommen unrichtig halte; denn die Aufstellung erfolgt nach den Grundsätzen der Kameralistik und nicht nach

denen der Doppel. In dieser Aufstellung ist zum Beispiel nicht berücksichtigt die Amortisation und auch keine Abschreibung vom Zeitwerte. Und gerade die Abschreibung vom Zeitwerte würde, wenn alle Landwirte sie richtig verstehen und auffassen, ein ganz anderes Bild des landwirtschaftlichen Ertragnisses der Wirtschaft ergeben. Nehmen wir an, wenn heute ein Bauer das Unglück hat, daß ihm sein Stallgebäude abbrennt, so hat er für ein einfaches bäuerliches Anwesen eine Ausgabe von 2 Millionen Kronen zu rechnen; das ist der Zeitwert. Sie haben heute Preise für landwirtschaftliche Maschinen, an die wir gar nie gedacht haben. Noch vor kurzer Zeit, vor einigen Jahren noch, kostete ein Alpha-Separator 1600 Kronen, heute kostet er 32.000 Kronen; eine Sämaschine kostete ungefähr 2000 Kronen, heute 26.000 Kronen. Der Hufbeschlag für ein Pferd kostet heute 800 Kronen, was früher für zwei Pferde 8 bis 10 Kronen kostete. Wenn Sie gerecht sind, müssen Sie sich zuerst bemühen, sich Einblick in die Produktionskosten der Landwirtschaft zu verschaffen und dann werden Sie selbst ein ganz anderes Urteil über die Preise haben.

Was die Fleischregelung selbst anbelangt, so ist es klar, daß wir, wie der Herr Landeshauptmann ausgeführt hat, zweifellos unter den schweren Requisitionen, welche wir während der Kriegszeit zu erdulden gehabt haben, auch heute noch leiden und leiden müssen. Aber nicht allein unter diesen Requisitionen, sondern auch unter den Fütterungsvorschriften haben wir viel gelitten. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß eine Verordnung der Statthalterei erlassen wurde, die es fast verboten hat, daß man einem Kalbe Vollmilch geben darf. Ich erinnere an die Sitzung der Landesregierung, wo die Vertreter der sozialdemokratischen Partei erstaunt und wütend darüber waren, daß ein Kalb überhaupt Vollmilch bekommt! Nachdem wir es nicht zuwege gebracht haben, nach der Verordnung der Landesregierung oder Statthalterei unser Vieh aufziehen zu können, so mußten wir das Gesetz umgehen und den Kälbern jene Nahrung geben, welche sie gebraucht haben. Aber immerhin war die Kontrolle so scharf, daß man einem Kalbe von kaum über vier Wochen Vollmilch nicht geben konnte und durfte. Aber gerade das, was man in den ersten vier Wochen und knapp hernach den Kälbern nimmt oder entzieht, ist nicht mehr einzubringen. Darum hat unser Vieh in Steiermark eine Degeneration erfahren, unter der wir leiden. Es wird zweifellos die Zeit kommen und sie wird nicht fern sein, wo wir in Steiermark mit dem Viehstande so in die Höhe gekommen sein werden, daß der größte Fleischbedarf von Steiermark gedeckt sein

wird. Aber Sie müssen den Landwirten zubilligen, daß sie nur arbeiten können, wenn sie auch den bescheidenen bürgerlichen Gewinn bekommen. Die Landwirte müssen zahlen, was ihnen vom Schlosser, Schmied, Schneider, Kaufmann, von der Industrie vorgeschrieben wird, das müssen sie glatt bezahlen. Sie dürfen nicht fragen, ob der Preis zu hoch ist, sie müssen den Preis akzeptieren. Wenn die Landwirtschaft die Freiheit erlangt, dann wird das nicht zum Schaden der Konsumenten, sondern zum Nutzen aller sein. (Beifall.)

Abgeordneter Krawagna: Wir haben eine längere Debatte aller Parteien gehört und können uns ganz genau erinnern, daß wir im Dezember gegen die Einführung dieses Systems, welches kein System ist, sehr protestiert haben. Nun müssen wir feststellen, daß die christlichsoziale Partei sowie die Großdeutschen und Bauernbündler einig waren, daß die Zwangswirtschaft aufhören müsse. Fleischlose Wochen sind das Resultat. Wir müssen feststellen, daß es Ihnen durchaus nicht darauf ankommt, die Viehablieferung oder Fleischverbilligung so ins Auge zu fassen, daß die Bevölkerung mit Fleisch versorgt werde, sondern Ihnen ist es nur daran gelegen, die Preise zu erreichen, die Sie erreichen wollten. Der Herr Landeshauptmann hat angeführt, daß das Territorium maßgebend wäre und daß Steiermark nicht in der Lage wäre, den großen Markt zu beliefern. Ich will dabei nicht darüber sprechen, welche Politik die Agrarier in Friedenszeiten bezüglich der Einfuhr aus Serbien getrieben haben, aber bezüglich des Territoriums möchte ich erwidern, daß die Belieferung der Bevölkerung mit der Fleischquote wie in Friedenszeiten nicht möglich ist. Aber uns ist bekannt, daß die Fleischquote herabgesetzt worden ist und daß die Bevölkerung nur einmal in der Woche Fleisch zu sehen bekommt und daß die Belieferung möglich wäre, wenn nicht dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet werden würde. Die Fleischhauer sind seinerzeit mit Ihnen gegangen und haben im Dezember gerufen, wir wollen den freien Handel, und die Christlichsozialen haben als Vertreter der Bauern und Fleischhauer den freien Handel eingeführt. Nun sind die Fleischhauer abgefallen. Sie sehen, daß sie bei dem besten Willen nicht in der Lage sind, die Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen, weil sie die Preise nicht bezahlen kann. Wir müssen feststellen, daß bezüglich der Fleischlieferung, wenn guter Wille bei den Landwirten vorhanden wäre, das gleiche Quantum aufgebracht werden könnte. Diese Gruppe, die auch die Verpflichtung hätte, die gesamte Bevölkerung ins Auge zu fassen, hätte auch jetzt die Verpflichtung, die gesamte Bevölkerung hier zu vertreten

und zu verlangen, daß das Fleisch aufgebracht werde. Sie werfen uns vor, daß wir keine Vorschläge unterbreiten, ja die Vorschläge haben wir seinerzeit oft und oft unterbreitet (Abgeordneter Seehofer: „Aber wert waren sie nichts.“) und wir sind mit Ihnen immer im Kampfe gelegen, daß die Durchführung möglich werde. Es würde Ihnen freilich angenehm sein, wenn wir uns dazu hergeben würden und die Verantwortung übernehmen. Ich sage, es ist sehr gefährlich, dieses System, wie es jetzt gehandhabt wird, weiter fortzuführen. Ich warne Sie davor. Ich kenne die Bevölkerung da draußen, ich bin selbst in einem Industrieorte und muß ich den Arbeitern immer und immer erklären und alle Augenblicke zum Telefon laufen, und es ist oft und oft nicht möglich und weiß ich nicht, ob man auf die Dauer imstande sein wird, die Massen so im Zaume zu halten, daß sie nicht unüberlegte Taten begehen. Dann sind aber Sie verantwortlich, weil Sie dieses System geschaffen haben. Ich werde keine Drohungen aussprechen, aber ich bitte den Ernst der Lage zu erkennen und nach diesem Ernst der Lage zu handeln. Der Fleischwucher ist groß und die Preise sind unerschwinglich. Aber Sie können heute in jedes Hotel gehen und werden dort flott und prompt mit Fleisch bedient werden. Gehen Sie aber in die Hütte eines Arbeiters oder Pensionisten, da werden Sie kein Stückchen Fleisch finden. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Pensionisten stimmt, aber Arbeiter nicht!“) Dieses System ist unhaltbar. Die Bevölkerung hat ein Recht, daß die Bauern ihrer Ablieferungspflicht entsprechend nachkommen. Wenn Sie fortwährend gegen den Streik sprechen, so müssen Sie doch sagen, Sie zwingen die Leute dazu. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Wenn Sie in den Geschäften Nachschau halten, so werden Sie finden, daß die Sachen Tag für Tag hinaufnumeriert werden und daß dagegen nichts unternommen wird. Das Hinaufnumerieren geht lustig weiter. Man hat geschimpft über die Sozialdemokraten, wie sie in der Regierung waren, und heute, wo die Herren am Ruder sind, ist die Sache noch viel schlechter, das Hinaufnumerieren geht flotter denn je. Jetzt wollen Sie auch den Weltmarktpreis in punkto Fleisch erreichen, damit die bäuerliche Bevölkerung ihren Gewinn habe. Wenn Sie sagen, daß Sie einer Zwangswirtschaft nicht zustimmen, so muß ich Ihnen zurufen, hätten Sie damals in Kriegszeiten den Mut aufgebracht, gegen die Ausbeutung der gesamten Bevölkerung Stellung zu nehmen. Heute, wo das Volk in höchster Not ist, heute bringen Sie den Mut auf, zu sagen, die Landwirtschaft kann kein Mehr leisten. Damals, als in Wien dieser hohe Herr gegessen ist, da sind

Sie gekrochen und haben, um irgend eine Auszeichnung zu erbetteln, fleißig abgeliefert. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Wir haben es in Wählerversammlungen oft und oft erklärt, daß der Krieg die Ursache ist, warum diese Not über uns hereingebrochen ist. Sie haben aber den Krieg direkt unterstützt, weil dieses System direkt dazu geführt hat. Die Schuld liegt auf Ihrer Seite, Sie tragen die Schuld, weil Sie das System so lange unterstützt haben. Wir warnen Sie wieder. Im Dezember haben wir Sie gewarnt, im Dezember schon haben wir die Not der Bevölkerung Ihnen vor Augen geführt, daß in einem Monat und in zwei Monaten die Bevölkerung kein Stückchen Fleisch mehr haben wird. Das hat sich bestätigt und ich bin vollkommen sicher, daß das, was wir heute gesagt haben, sich wieder bestätigen wird. Aber wir befürchten, daß das Volk diese Drangsalierungen nicht lange mehr ertragen wird können. Die Pensionisten, die kleinen Beamten werden nicht mehr imstande sein, das zu ertragen. Die Landwirtschaft lebt von der Industrie im Staate. Die Industrie zahlt die größten Steuern und die Landwirtschaft will ihren Gewinn aus der Industrie ziehen, und nun wollen Sie der Industrie alles aufbürden. Ich stehe auf dem Standpunkte und ich bin bemüht, darauf zu verweisen, daß eine Einschränkung des Fleischbezuges Platz greifen muß; aber es müßte eine Verordnung herausgegeben werden, nach der der Fleischbezug für die gesamte Bevölkerung eingeschränkt wird, so daß nicht einzelne besitzende Kreise von der Fleischbezugseinschränkung nicht getroffen werden. Die arbeitende Bevölkerung und der Mittelstand kann es sich heute ohnedies nicht leisten. (Abgeordneter Seehofer: „Die Arbeiter wohl.“) Das Schimpfen über den Schleichhandel und die Kriegsgewinner nützt nichts. Für hohe Preise können sie noch immer alles haben, aber für normale Preise bekommen sie nichts. Gleichzeitig wurde gesagt, Oesterreich ist in der glücklichen Lage, daß es den Mais und verschiedene Produkte zumeist selbst erzeugt, während in Steiermark das nicht der Fall ist. Das ist sehr leicht hineingeworfen und ich möchte in manchem Bauernhof fragen, wieviel Mais sie im Frieden eingekauft haben. Ich weiß, daß einzelne die Futtermittel selbst aufgebracht haben, einzelne haben vielleicht billigen Mais bezogen, aber ein großer Teil von Bauern in Obersteiermark ist mir bekannt, die keinen Mais bezogen haben und die den Viehstand aus eigenem aufgebracht haben. (Landesrat Gaj: „Schauen Sie in Ihrem Wahlkreis besser herum.“) Es könnten heute verschiedene Umstände mitspielen, daß in Steiermark ein etwas höherer Viehpreis sein müßte;

aber diese Differenz wie zwischen Oberösterreich und Steiermark ist himmelschreiend und man muß sich fragen, wenn Ihre Gruppe am Ruder sitzt, ob die Bauern oder ihre Führer so schlecht sind. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Ich weiß ganz genau, wenn Sie weniger lachen würden und mehr Ernst dieser ernststen Sache widmen würden, dann würden Sie imstande sein, das zu beurteilen. Sie sind im Dezember über die Sache mit einem Lächeln hinweggegangen. Das sind aber die richtigen Volksvertreter nicht, die mit einem Lächeln über so eine ernste Sache hinweggehen. Gleichzeitig verlangen wir die Unterbindung des Schleichhandels im Lande selbst. Wir verlangen eine Eindämmung in der Fleischversorgung für die gesamte Bevölkerung, auch für die Schieber, die Sie jetzt vertreten haben. Wir verlangen das und wenn Sie diesem Verlangen Rechnung fragen, dann könnten wir wieder daran denken, daß Sie den guten Willen haben, über die Sache hinwegzukommen, wie die Bevölkerung es verlangt. Ich bin bemühtigt, im Namen unserer Partei den Beschlusantrag zu stellen. Es wird sich zeigen, ob die Herren das Herz am rechten Flecke haben und dafür Interesse an den Tag legen, was notwendig ist (liest:)

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zum Schutze der konsumierenden Bevölkerung unverzüglich die schärfsten Maßnahmen zur Eindämmung des maßlosen Vieh- und Fleischwuchers zu treffen. Als solche Maßnahmen verlangt der Landtag:

Wiedereinführung der Zwangsabstellung bei Festsetzung von Höchstpreisen für Vieh und für Fleisch, eventuell Regelung des Vieh- und Fleischverkehrs nach dem oberösterreichischen Muster.

Unterbindung des Fleischschleichhandels in und außer dem Lande.

Strengste Vorschriften zur Eindämmung des übermäßigen Fleischgenusses einzelner Schichten der Bevölkerung und strengste Abndung der Dawiderhandelnden.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Abgeordneter Jenz: Hohes Haus! Ich habe es nicht ahnen können, daß meine seinerzeitigen Bemerkungen über den Geist der Rede des Herrn Abgeordneten Gföller ihn so schmerzen werden, daß er sich nach Monaten noch darüber beklagt. Ich achte sein Zartgefühl, das ihn ehrt, und werde mich auch bestreben, jeden persönlichen Anklang an den Geist seiner Rede zu vermeiden und will sogleich auf die Beurteilung der Frage eingehen. Die ganze Frage, die uns heute beschäftigt, ist nach folgenden Gesichtspunkten zu

beurteilen. Wir alle leiden an den unabwendbaren Folgen der Zwangsrequirierungen im Kriege. Es hat sich der Herr Abgeordnete Gföller sehr befleißigt, Forschungen anzustellen, die seinen Zwecken dienen, aber er hat zu wenig tief und zu wenig weit geforscht, denn sonst wäre er darauf gekommen, daß es zur Zeit der Zwangsrequirierung Monate gegeben hat, in denen in einem einzigen Monat 30.000 Stück Rinder im Lande aus den Bauern mit Gewalt herausgepreßt worden sind. Das ist eine Summe, die wir im Jahre 1919 mit Aufwendung aller Mittel der damals noch bestehenden Zwangsrequirierungen nicht mehr aufzubringen imstande waren, und zwar deshalb, weil bei einem großen Teile der Bauern der Viehstand mehr als um die Hälfte zurückgegangen war. Die entleerten Ställe sind eine Tatsache, die sich nicht hinwegleugnen läßt, und es müssen sich die Ställe allmählig wiederum füllen, damit eine entsprechende Menge an Vieh abgebar wird. Es dürfte wohl den Allermeisten bekannt sein, daß ein Vieh Jahre braucht, um schlachtreif zu werden, daß es nicht ein so schnelles Wachstum hat, wie der Kohl auf dem Müßbeete. Die Herren aber, die nun eine klaglose Fleischversorgung verlangen, scheinen diese Tatsache zu übersehen, daß der Viehstand eine Zeit braucht zur Erholung. Zweitens ist bisher ganz und gar übersehen worden das Unglück, von dem die Bauernschaft heimgefußt war durch die Seuche. Was Zwangsrequirierung zum Teile noch gelassen, was mühsamer Züchterfleiß wiederum aufgerichtet hatte, wurde zum Großteil durch die Seuche vernichtet. So stehen wir nun vor einem Viehstande, der zu einer klaglosen Fleischversorgung unzureichend ist. Nun aber gibt es gewiß da und dort schlachtreifes Vieh, das aus dem Stalle hinaus muß, weil es durch das entsprechende Wachstum vom Jungvieh hinausgetrieben wird, und da möchte ich bei jenen, die imstande sind, Schlachtvieh abzugeben, zwei Klassen unterscheiden. Die eine ist jene, die ihr schlachtreifes Vieh hergibt, im besten Bestreben, der nothleidenden Bevölkerung unseres Landes zu helfen. Leider Gottes reicht diese Menge nicht aus, um die entsprechenden Mengen aufzubringen. Dann gibt es auch einen anderen Teil, der leider seinen Teil des abgebarren Viehes nicht der Versorgung der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stellt, sondern bestrebt ist, ihn um möglichst hohen Gewinn in das Ausland zu schmuggeln. Ich bestätige, daß es auch solche Bauern gibt, und diese Art von Bauern, welche in einseitiger Verfolgung ihrer eigenen Vortheile bestrebt sind, ihr Vieh um möglichst hohen Preis abzugeben, möchte ich als die gelehrigen Schüler der Herren Sozialdemo-

kraften bezeichnen. (Beifall bei den Christlichsozialen. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Denn, meine Herren, in diesen steckt jener Geist, den Sie so eifrig in unsere Bevölkerung hineinzubringen bestrebt sind, der Geist des Materialismus, der Geist der Selbstsucht, der Geist der Rücksichtslosigkeit gegen andere (Rufe: „Sehr richtig!“), der einseitige Klassenstandpunkt, der in allen ihren Versammlungen gepredigt, in allen ihren Zeitungen verteidigt wird, den aber heute ein Redner verwunderlich im Widerspruche mit seiner eigenen Lehre verdammt hat. (Beifall und Heiterkeit.) Meine Herren, das Gebaren dieses Teiles ist eine Folge ihrer volksvergiftenden Arbeit. (Zwischenruf: „Ich bitte, uns diese kriegsgewinnenden Arbeiter zu nennen.“) Ich habe nicht von kriegsgewinnenden Arbeitern geredet, ich rede von jenem Geiste, den Sie in unser Volk hineinbringen. (Zwischenruf: „Arbeiter haben sich noch nicht bereichert.“) Aber, meine Herren, Sie müssen doch wohl bedenken, daß ein jeder Geist seine Folgen zeitigt dort, wo er imstande ist, diese auch in die Tat umzusetzen. Und, meine Herren, wenn nun dieser Teil der Bauernschaft, die Ihre gelehrigen Schüler sind, ihre Pflicht nicht erfüllen, und zwar deshalb . . . (Abgeordnete Tausk: „Diese Bauern kommen nicht in unsere Versammlungen, aber in Eure Kirche kommen sie.“) Ich bitte, gnädige Frau, Sie scheinen sich nicht bewußt zu sein der Wirkungen, die solche geistige Strömungen in der Allgemeinheit hervorbringen, daß solche geistige Strömungen imstande sind, das niederzureißen, was auf der anderen Seite aufgebaut wird. Was wir in der Kirche predigen und dem Volke beizubringen trachten, das wird durch den vernichtenden Geist des Materialismus zerstört, und zwar schon bei den Kindern in der Schule angefangen, die Jugend hindurch bis zu dem Erwachsenen hinauf. (Abgeordnete Tausk: „Materialismus heißt etwas anderes; das soll ein Mann, der die Hochschule besucht hat, doch wissen!“) Ich bin leider mit meiner Redezeit auf 20 Minuten beschränkt, ich bedaure daher, gnädige Frau, daß ich auf Ihre Zwischenrufe nicht näher eingehen kann.

Ich bitte, meine Herren, Sie stehen auf dem Standpunkte, daß man, um seine Ansprüche durchzusetzen, sich eines jeden Mittels bedienen darf, Sie stehen auf dem Standpunkte, daß man streiken darf aus jeder beliebigen Ursache. Sie wissen auch, es wird gestreikt, wenn die Löhne nicht entsprechend sind, Sie wissen auch, es wird gestreikt, wenn ein Andersgesinnter aus irgend einem Betriebe hinausgeekelt werden soll, unbekümmert darum, ob bei einem großen Teile des Volkes dabei Hungersnot herrscht — siehe Ankerbrot-

werke —, es wird gestreikt, wenn ein Schuldiger dem Gerichte entzogen werden soll — siehe Neunkirchen! — Jeder Anlaß ist gut genug.

Nun, meine Herren, von demselben Geiste, der Sie da bei Ihrer Streikrechtfertigung beherrscht, von demselben Geiste sind auch diese Bauern beseelt, die eben ihre Pflicht nicht erfüllen. Die sind Ihre gelehrigen Schüler, und da verwundere ich mich, daß Sie über dieselben eine Entrüstung zur Schau tragen. Sie sollen begeistert sein dafür, Sie sollen ja aufjauchzen darüber, daß Sie solche Bauern bekommen haben. (Landesrat Resel: „Sie müssen uns für Trottel halten, daß Sie das sagen. Daß Sie sich nicht schämen, so etwas zu sagen!“) Ich glaube, daß Ihnen das nicht angenehm ist.

Hohes Haus! Es wird niemals straflos ein Irrtum in das Volk hineingesetzt, ohne daß sich derselbe furchtbar rächt im volkswirtschaftlichen und sozialen Leben. Dieser Tatsache scheinen Sie sich zu verschließen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren, ich habe den Mut, das Verhalten solcher Bauern, selbst wenn der eine oder andere unser Parteianhänger wäre, hier öffentlich zu verurteilen. (Abgeordneter Krawagna: „Aber die hohen Preise zu bewilligen!“) Aber, meine Herren, ich wünsche, daß auch Sie den Mut aufbringen, Streiks, welche unser Wirtschaftsleben so sehr hemmen und schädigen, hier öffentlich zu verurteilen, mit demselben Mute, mit dem ich es tue. Es hat ein Redner bereits darauf hingewiesen, daß vor kurzer Zeit in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter mit Gewalt mit schweren körperlichen Verletzungen an ihrer Pflichterfüllung durch organisierte sozialdemokratische Arbeiter verhindert worden sind. (Rufe: „Hört, hört!“) Und, meine Herren, ich stelle an Sie die Aufforderung, haben Sie den Mut, auch dieses Vorgehen zu verurteilen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Wenn Sie das nicht tun, dann müßte ich Ihr Vorgehen, um mich eines bei Ihnen sehr beliebten Wortes zu bedienen, für Demagogie halten. (Beifall. — Zwischenruf: „Wie Sie es treiben!“) Und wenn Sie von den Preisen sprechen, so haben Sie schon die Aufklärung erhalten, aber leider scheinen Sie davon keine Notiz zu nehmen. (Landesrat Resel: „Von der Aufklärung kann ich mir kein Fleisch kaufen!“) Sie alle sollten wenigstens wissen, in welchem Verhältnisse die industriellen Preise gestiegen sind. Um den Preis einer Kuh konnte früher ein Bauer drei Wagen kaufen, heute kaum einen einzigen, und so geht es durchwegs.

Wir sind für niedrige Preise, aber nicht für einseitige. Wollen Sie billige Lebensmittel, wollen Sie

billiges Fleisch, dann treten Sie nicht fortwährend als Lohnstreiker in der Landwirtschaft auf. Und, meine Herren, damit ich meiner Aufforderung noch eine andere zufüge, stelle ich noch diese an Sie: um es den Bauern möglich zu machen, möglichst billig Lebensmittel liefern zu können, richte ich an alle interessierten Kreise die Aufforderung, bei Lohnforderungen und Erhöhungen genau abzuwägen, ob Ihre Forderungen den Gesehungskosten der Landwirtschaft entsprechend sind. Meine Damen und Herren! Wenn Sie es ehrlich meinen, müssen auch Sie diesen Ruf an die Öffentlichkeit ergehen lassen! (Abgeordneter Krawagna: „Da müßte man zuerst die Einlagen der Bauern in den Raiffeisenkassen hernehmen!“ — Abgeordneter Jaklitsch: „Der Bauer soll wahrscheinlich mehr robsten!“ — Große Unruhe.)

Meine Damen und Herren! Damit Sie sich sammeln können zu Ihrer Entschlieung und zu Ihrem Vorgehen, will ich jetzt meine Rede beschließen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident Regner: Hohes Haus! Wir haben heute eine Debatte, die ganz bestimmt nicht zu dem Zwecke da ist, um aus dem Haus ein Theater zu machen, sondern die deshalb angeschnitten worden ist, weil wir der Meinung sind, daß solche ernste Fragen auch von ernstesten Männern und Frauen behandelt werden sollen. (Abgeordneter Seehofer: „Den Ernst haben wir einigermaßen vermisst bei Ihren Ausführungen!“) Wenn ich sage, daß diese Fragen wichtig sind, nicht nur für den Teil der Bevölkerung, der konsumiert, sondern auch für den, der produziert, so muß ich auch sagen, ich bin sehr überrascht, daß sich eine Seite des Hauses, insbesondere die Partei von vis-à-vis, von vornherein mit absurden Mitteln und absurden Bemerkungen waffnet. (Abgeordneter Seehofer: „Wir kennen ja den Zweck der Rede!“) Geehrter Herr! Sie haben am allerwenigsten Ursache, sich mit irgend etwas zu decken, was die Interessen der konsumierenden Bevölkerung betrifft, denn gerade Sonntags haben Sie es doch deutlich gesehen, daß Sie zu Unrecht hier sitzen, um eine Arbeiterpartei zu vertreten. Sie haben kein Recht, für die Konsumenten hier zu sprechen. (Abgeordneter Seehofer: „Sie haben mich einigermaßen verwechselt; ich bin ja kein Arbeitervertreter!“ — Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Warum sitzen Sie denn da? Gehören denn die Arbeiter nicht auch zum Volke?“) Wozu sitzen Sie denn dann hier? Wir müssen darum schon sagen, es wurde heute eingangs erklärt, daß das Land beziehungsweise der Bundesstaat soundso viele Millionen zur Deckung aufbringt. Wenn wir diese Frage aufgerollt haben, so war

es deshalb, weil die Bevölkerung weiß, daß soundso viele Millionen von uns ausgegeben werden, und zwar im Jänner 18 Millionen, im Februar 30 Millionen. (Zwischenruf: „Das haben wir ja schon alles gehört!“) Ich bringe es Ihnen in Erinnerung, weil ich weiß, daß Sie sehr rasch vergessen. Wenn wir hinausschauen in jene Kreise der Industrie, dann müssen wir sagen, wir haben von diesen 18 Millionen Kronen zur Verbilligung des Fleisches im Monate Jänner zweimal Fleisch bekommen und im Monate Februar haben wir nur einmal Fleisch bekommen. Daher glaube ich, es ist unsere Pflicht als Vertreter des Volkes, uns darum zu kümmern. Wir können uns mit einem solchen System nicht einverstanden erklären, wo so viele Millionen ausgegeben werden und die konsumierende Bevölkerung eigentlich gar nichts bekommt. (Abgeordneter Wigan: „Wo ist denn das Geld hingekommen?“) Darum fragen Sie nicht mich, sondern fragen Sie die Landesregierung und diejenigen, die die Verbilligungsaktion durchgeführt haben. Fragen Sie doch, von wo uns die Mitteilung zugekommen ist, daß der Bund 30 Millionen Kronen dazu gibt. Es ist unsere Pflicht und nicht nur unsere, der Sozialdemokraten, sondern der gesamten Abgeordneten Pflicht, Stellung zu nehmen dort, wo die Verbilligungsaktion zum Ausdruck kommt. Sie kommt aber nur in der Wirkung zum Ausdruck, daß die 30 Millionen Kronen verausgabt sind, nicht aber in der Abgabe von entsprechenden Fleischquantitäten. Wenn ich sage, wir bekommen nur zweimal oder einmal Fleisch, so muß ich auch sagen, das ist ein System, welches trotz des vielen verausgabten Steuergeldes den Konsumenten gar nichts nützt. Meine Herren! Es ist heute schon darauf verwiesen worden, daß der Bauer mit dem billigen Preise nichts mehr produzieren kann. Ich will mich nicht auf den Standpunkt stellen, auf den sich der Herr Abgeordnete Jenz gegenüber dem Materialismus gestellt hat, daß er den Materialismus in der Form auffaßt, daß er wissenschaftlich meint, es heißt Egoismus. Wir müssen sagen, wir begreifen schon, daß die Fleischpreise den Friedenspreisen nicht mehr gleich zu stellen seien und daß die Produktionskosten, die dafür aufgewendet werden, wesentlich andere sind, als sie vor dem Kriege waren. Es wäre falsch, wenn wir gegenüber solchen Tatsachen die Augen verschließen würden. Wir müssen aber auch sagen, daß die sprunghafte Steigerung des Fleischpreises, die wir mit dem 1. Jänner haben, nicht jene Lust zur Lieferung herbeigeführt hat, die man voraussetzte. Ich hätte von Seite der Landesregierung vorausgesetzt, daß sie demgegenüber eine gewisse Methode hineinlegt, welche zur Ablieferung drängen

fol. Wir haben bei der letzten Ablieferung wahrnehmen können, wie die Preise von 68 auf 90, auf 104 und jetzt auf 160 Kronen gestiegen sind. Da haben wir bei uns versucht, für die nächsten Wochen die Eindeckung durchzuführen und haben bereits den Einkauf durch die befugten Einkäufer durchführen lassen. Aber als die am Sonntag hinausgegangen sind, um das Fleisch heranzuholen, was wurde ihnen erklärt? Da ist erklärt worden: „Ja, wißt Ihr denn nicht, daß von Dienstag an der Fleischpreis erhöht ist? Wir haben das Fleisch nicht mehr zum Preise der vorigen Woche, sondern zum jetzigen Höchstpreise von 104 Kronen.“ Der Bauer weiß, daß das Fleisch um soviel teurer verkauft wird, und daher richtet er seinen Preis nach dem in der Stadt eingerichteten Verkaufspreise, und darum wäre es wünschenswert gewesen, daß man nicht eine Fleischpreis-, sondern eine Regulierung des Viehpreises durchgeführt hätte. Es wurde gesagt, sobald die einzelnen Bauern kein Vieh abliefern: „Das Vieh ist nicht da!“. Der Herr Landeshauptmann hat ein Zitat hier vorgebracht, worin er nach seinen Ausführungen über den Krieg erklärt hat: Wir können nicht ins Maßlose hinein Vieh schlachten. Aber gerade der Herr Landeshauptmann hat vor einigen Monaten eine Methode angewendet, die unseren Viehstand außerordentlich stark reduziert hat, und zwar die Methode, daß er sich damals auf den Standpunkt gestellt hat, viel zu schlachten und viel auszuliefern nach Wien und so weiter. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Das hat das Ernährungsamt Graz gemacht!“) Die Entscheidung ist ganz bestimmt Ihnen nicht sehr ferne gelegen. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Sie ist mir vollständig ferne gelegen. Das Ernährungsamt hat gesagt, wenn ich das nicht tue, so könne am Samstag in Graz kein Fleisch mehr ausgegeben werden. Ich bin förmlich unter einen Zwang gestellt worden.“) Diese Methode hat unseren Viehstand außerordentlich geschädigt. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Dann wenden Sie sich an das Grazer Ernährungsamt!“) Es hat nicht lange gedauert, so hat der Herr Landeshauptmann diese Methode einstellen müssen, nachdem ihm von Fachmännern klargelegt wurde, daß damit eine außerordentliche Abnahme unseres Viehstandes eintreten müsse. Wenn der Herr Landeshauptmann erklärt, daß diese Schlachtungen nicht so ins Maßlose gehen dürfen, und wenn er sagt, wir haben kein Vieh, dann weise ich auf den vorhin gesfallenen Zwischenruf hin: „Schauen Sie sich in Ihrem Wahlkreise besser um!“ Wir können sagen, wir wissen, daß es in Obersteiermark noch ganz schöne Quantitäten von

Vieh gegeben hat und noch gibt, und wir wissen, daß sehr viel Vieh im Schleichhandel hinübergeht über die Gleinalpe. Wir können uns dagegen deswegen nicht wehren, weil der Viehtrieb frei ist und wir denselben nicht behindern können und dürfen. Es gibt Vieh, und ich verstehe daher nicht Ihr Lächeln und Ihre Bemerkungen, wo wir doch das Interesse haben, die vorhandenen Mittel in geordneter Form und in geeigneter Abgabemethode zum Verschleiß zu bringen, während sie gerade in dieser Form und Methode nutz- und geselos verschleudert werden, ohne daß die Bevölkerung irgend etwas zu essen bekommt. (Abgeordneter Seehofer: „Ist der Zwang erst da, dann will man alles umsonst haben und schimpft, wenn es einen Heller kostet!“) Mein verehrter Herr! Ich weiß nicht, Sie scheinen nicht bei der Sache zu sein. Wir haben gesagt: Es liegt uns vollkommen ferne, nicht anzuerkennen die Höhe der Gesteungskosten des Viehs, aber es liegt uns ferne, irgend eine Methode der Preistreiberei zu unterfertigen, indem wir erklären, das war nicht notwendig. Ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Jenz, daß jenes Wuchersystem von uns gezeitigt worden wäre, folgendes sagen: Wir wissen, daß große Schichten der Bevölkerung an Wucher erkrankt sind, und gerade diese Erkrankung an Wucher die Ursache des Elends unserer Bevölkerung ist. Wir gehen ins Ausland hinaus, um überall Unterstützung zu suchen, daß Österreich aufgebaut werden kann. Aber gerade dieses System ist es, was uns den Aufbau unmöglich macht. Eine Verständigung aller Schichten der Bevölkerung, der konsumierenden und produzierenden Stände, ist unbedingt notwendig, aber nicht eine Abschießung. Sie haben vorhin erklärt, warum soll der Bauer roboten, und haben auf den Arbeiter verwiesen, der streikt, weil irgend einer nicht seiner Gesinnung ist. Sie haben darauf verwiesen, daß Streiks nutzlos und Willkürakte seien. Ich glaube, Sie können sich in die Psyche, in die Gesinnung des Arbeiters nicht hineindenken, denn sonst müßten Sie wissen, wie schwer er um seine Existenz ringt und unter den jetzigen Verhältnissen leiden muß zu gunsten anderer. Wenn hier gesagt worden ist, wir sind die Vertreter der Industrie, dann sind Sie an die falsche Adresse gekommen. Wenden Sie sich an die Herren der Großdeutschen Partei und an die Herren in Ihren Kreisen, die die Vertreter des Kapitals und des Privateigentums sind. Wenn die Arbeiterschaft sich um ihre Interessen wehrt, dann ist es um ihre Existenzmöglichkeit, die Sie zu erfüllen haben, den Staat wollen Sie nicht zugrunde gehen

lassen, wohl aber den Proletarier in den Industriegebieten, den wollen Sie zugrunde gehen lassen. (Widerspruch.) Uns steht der Staat höher, weil wir wissen, daß ohne produktive Arbeit ein Staat unmöglich ist, ein Staat braucht Produzenten und Konsumenten, und das scheinen Sie bei manchen Dingen vollständig vergessen zu haben. (Widerspruch.) Herr Schreckenthal hat die Bemerkung gemacht, daß wir in unseren Ausführungen nun einen gehässigen Ton gegenüber den Christlichsozialen, gegenüber den früher Koalitierten, hineintragen. Geehrter Herr Schreckenthal, ich glaube, daß ich namens meiner Partei Ihnen zu Ihrer neuen Liebe gratulieren kann, wenn Sie aber glauben, daß Sie bei uns die Meinung auslösen werden, daß wir, weil wir durch politische Verhältnisse, durch Vernunftsgründe gezwungen waren, mit den Christlichsozialen den Aufbau des Staates durchzuführen, und jetzt auf jede Kritik verzichten sollen, dann, meine Herren, müßten wir keine Männer sein, welche die Aufgabe haben, die Interessen großer Schichten der Bevölkerung zu vertreten. Wenn wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß eigentlich so wenig Aufmerksamkeit dem gesamten volkswirtschaftlichen Leben zugewendet wird, dann wundere ich mich gar nicht nach den letzten Ereignissen, die wir erlebt haben. Es ist ja richtig, daß uns gegenüber eine Partei sitzt, die sich christlichsozial nennt, die aber ganz bestimmt im Sinne der Moral und Demokratie weder den Anspruch auf die Bezeichnung sozial noch christlich erheben kann. Denn wenn Sie sich sozial nennen, dann muß ich Ihnen zurufen, vom Sozialismus verstehen Sie gar nichts, Sie haben sich nur Teile desselben ausgeborgt, ohne sich darüber klar zu sein, was sie bedeuten. Lassen Sie das Wort sozial weg und nennen Sie sich nur christlich, so brandmarken Sie damit wohl eine Idee, sind klerikal, aber Sie schänden dabei nicht den Begriff Sozial. Sie haben es in der letzten Sitzung erwiesen, wie wenig anständiges Empfinden in Ihnen steckt, und heute zeigen Sie es wieder. (Lebhafter Widerspruch.) Es ist notwendig, die vorliegende Frage einer Lösung zuzuführen. Das städtische Proletariat ist außerstande, eine Diktatur einzelner Gruppen weiter erfragen zu können, wie Sie meinen, sie durchführen zu können. Es ist nicht möglich, wenn Sie glauben, daß Herr Abgeordneter Jenz mit seiner Komödie, die er heute hier aufgeführt hat und die würdelos ist ... (Lebhafter Widerspruch), die Frage geklärt zu haben. Es ist nicht möglich, denn gerade der Herr Abgeordnete Jenz war es, der das Aufbringungssystem nach dem Quadratmeter ausgedacht

hat, und wenn er sich in dem Spiegel seiner damaligen Überzeugung sehen würde, so müßte er sich sagen: „Mir graut vor dir!“ (Abgeordneter Seehofer: „Schwarz in Schwarz, Rot in Rot!“) Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Jenz in seinem Inneren sich selbst schon gesagt hat, daß er sich darüber klar ist, daß dieses System zu dem führen mußte, zu dem es geführt hat, und das ist zum heutigen Zusammenbruche in der Fleischaufbringung. Sie haben gesagt, wir sollen Vorschläge machen....

Präsident Kölbl (unterbrechend): Ich mache aufmerksam, daß die Redezeit von 20 Minuten bereits verstrichen ist.

Präsident Regner: Ich habe noch eine Minute Zeit und die werde ich ausnützen. Sie haben gesagt, wegen der Aufbringung des Fleisches sollen Ihnen Vorschläge gemacht werden. Wenn wir Ihnen solche unterbreiten würden, wissen wir aber, daß Sie dieselben darum ablehnen werden, weil Sie der Meinung sind, daß es ohnehin so weiter gehen wird. Herr Kollege Kravagna hat auch auf die Wirkung aufmerksam gemacht, die eintreten müßte, wenn Sie glauben, diese Methode aufrecht erhalten zu können. Und zum Schlusse sage ich, es ist dies unmöglich, mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeiter und der städtischen Bevölkerung, es wäre unmöglich, politische Ereignisse zu verhüten; denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch jene Schichten der Bevölkerung, die nicht Sozialdemokraten sind und die kein Fleisch bekommen, werden sich absolut zur Wehre setzen müssen, und jene, die heute lachen, wenn man das Wort Fleisch ausspricht, werden dennoch zum Einsehen kommen, daß die städtische Bevölkerung gezwungen sein wird, sich zur Wehre zu setzen gegen eine Auswutung und gegen die Vernunftlosigkeit einer Gruppe von Menschen, welche die eigenen Volksgenossen im Lande aushungern will. Ich bin überzeugt, Sie werden noch zu einer anderen Überzeugung über die Notwendigkeit der Fleischaufbringung kommen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Machold: Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte zwingt auch denjenigen, der nicht die Absicht gehabt hat, sich daran zu beteiligen, doch das Wort zu nehmen. Ich möchte in erster Linie konstatieren, daß wir im hohen Hause schon eine Reihe von Vieh- und Fleischdebatten zu verzeichnen haben, alle waren so ziemlich erregt, und es ist dies begreiflich bei dem Material, welches zu bewältigen war, und in dieser Richtung haben sich die früheren Debatten nicht wesentlich von der heutigen abgehoben. Aber

einen Kontrast möchte ich wohl verzeichnen, nämlich den, daß die Debatten, die im früheren Landtage gehalten worden sind, gewöhnlich und in der Hauptsache von der einen Seite, das waren dazumal die Christlichsozialen, bestritten haben, wohl in dem Bestreben, die Vieh- und Fleischwirtschaft aufrecht zu erhalten, und auf der anderen Seite die Bauernbündler, die mit allen Mitteln die Aufhebung jeden Zwanges herbeigewünscht haben. Heute hat sich das Bild sehr geändert. Wir finden, daß eine seltene Übereinstimmung darüber besteht, und die Bauernbündler haben es nicht mehr notwendig, Angriffe gegen die Christlichsozialen zu erheben, und diese haben sich den seinerzeitigen Ausführungen und Meinungen der Bauernbündler scheinbar so ziemlich angeschlossen. Diesen Kontrast aufzuzeigen, hatte ich deshalb für unbedingt notwendig, weil gerade von christlichsozialer Seite mit ziemlicher Schärfe gegen den Bauernbund vorgegangen und festgestellt worden ist, daß im Interesse einer geregelten und so notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, daran nicht zu denken sei, damals das Viehmonopol aufzuheben. Nun, meine Damen und Herren, was uns in der Hauptsache zwingt, diese Frage im Landtage zur Erörterung zu bringen, ist unter anderem auch der Umstand und die Tatsache, daß in der Frage der Fleischversorgung und Viehwirtschaft eine seltene unklare Haltung von Seite der Christlichsozialen eingenommen wird. Es ist nicht zu leugnen, daß die Christlichsozialen auf der einen Seite um den Konsumenten, welche sie ja auch zu vertreten haben, gerecht zu werden, Verordnungen erlassen, welche den Schein erwecken, als ob man die Konsumenteninteressen wahren wollte, auf der andern Seite aber doch vollinhaltlich nur die Interessen der bäuerlichen Kreise zu vertreten suchen. Wir haben dazumal, als das Kontingentsierungssystem des Herrn Abgeordneten Pfarrer Zenz propagiert und sein Vorschlag auch angenommen worden ist, darauf verwiesen, daß sich das wahrscheinlich nicht halten wird, was sich Herr Abgeordneter Zenz von ihm versprochen hat. Ich kann mich sehr gut an eine interne Konferenz erinnern, in welcher Herr Abgeordneter Zenz diese Vorschläge vorgebracht hat und in welcher ich erklärt habe, daß jede Änderung des bestehenden Zustandes auch die Fleischversorgung ändern müsse. Es ist nicht sofort gekommen, wie prophezeit wurde, aber sehr bald ist es gekommen und, wenn Herr Abgeordneter Zenz aufrichtig ist, so wird er gestehen, daß trotz seiner unzweifelhaft besten Absicht sein System sich nicht bewährte, weil es sich nicht bewähren konnte. Nun hätte dieses System nach den seinerzeitigen Be-

schlüssen des Landtages bis Ende Februar bestehen sollen. Man ist aber schon früher daran gegangen, es zu ändern und Ende Dezember wurde eine Verordnung in der Sitzung der Landesregierung zur Vorlage gebracht, die auch mehr als unklar gewesen ist und sich darüber ausgesprochen hat, was nun zu geschehen habe und die lediglich nur zum Schutze der städtischen Konsumenten und Industriearbeiter Höchstpreise für Fleisch festgesetzt hat. Höchstpreise für Vieh wurden damals nicht geschaffen. Das ist eine Unklarheit und auch Unaufrichtigkeit; denn ich kann nicht Höchstpreise für das Fleisch festsetzen, wenn nicht auch Höchstpreise für das Vieh festgesetzt werden. Denn der Preis für Fleisch richtet sich nach dem Preise des Viehes. Man wollte in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorbringen, als ob man doch etwas für den Schutz der konsumierenden Bevölkerung machen wollte, und deshalb hat man den Fleischhöchstpreis festgesetzt, aber man hat andererseits dem Druck der bäuerlichen Bevölkerung nachgegeben und keine Höchstpreise für das Lebendgewicht festgesetzt und das hat selbstverständlich dazu geführt, daß die Bauern nichts verkauft haben oder nur zu solchen Preisen verkauft haben, die ihnen angenehm waren. Dieser Fleischhöchstpreis wurde mit dem Momente, wo die Verordnung der Landesregierung hinausgegeben wurde, nicht mehr eingehalten und selbst nicht mehr von den von der Landesregierung allein befugten Einkäufern. Diese mußten schon damals höhere Preise zahlen, als sie von der Landesregierung festgesetzt waren. Es konnte nicht anders sein und darin liegt die Unaufrichtigkeit. Um die Sache den konsumierenden Kreisen schmackhaft zu machen, hat man erklärt, man wird die Verbilligungsaktion Platz greifen lassen und sie weiter fortsetzen, sie mußte finanziert werden und um sie zu finanzieren, hat man zwei Verordnungen vorgeschlagen und auch erlassen, daß alle diejenigen Bauern, die nach dem Gesetze, welches Herr Abgeordneter Zenz zum Vorschlage gebracht hat, nicht abgeliefert haben, zur Zahlung hätten herangezogen werden sollen. Aus dem Motivenberichte, den der damalige Referent, der sicher kein ausschließlicher Konsumentenvertreter ist, sondern dem man einen andern Vorwurf gemacht hat, erstattet hat, geht hervor, daß er auf den Standpunkt sich gestellt hat, daß diese Rückstände eingetrieben werden müssen, weil es fürchtbar demoralisierend auf die Landwirte wirken müßte, wenn gerade diejenigen, die braven, die Pfarrer Zenz als den einen Teil derjenigen charakterisiert hat, die ihrer Verpflichtung nachkommen, gegenüber den andern nicht nur keinen Vorteil hätten, sondern von ihnen noch ausgelacht

würden. In diesem Berichte wird klar und deutlich zum Ausdrucke gebracht, daß die Säumigen bestraft werden müssen. Die Landesregierung hat in Aussicht gehabt, daß das doppelte Ausmaß des Viehkontingentes als Strafe zu bezahlen wäre, das sind 110 K. In der Landesregierung wurde auf 60 K herabgegangen und es wurde von dem Vertreter und dem Landeshauptmann mit aller Schärfe ausgeführt, daß unter keinen Umständen davon abgegangen werden könne, daß Strafmaßregeln für diese Gesetzesverächter und für diese Leute, die demoralisierend auf die Bauernschaft einwirken, getroffen werden müssen. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Geschieht auch.“) Was war das Resultat? Wir haben gesagt, wir hören wohl die Kunde, aber den Glauben haben wir nicht. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Sie sind ja nicht in die Kommission eingetreten.“) Ich werde sofort darauf zurückkommen. Der Herr Landeshauptmann hat damals 800.000 Kilogramm als nicht abgeliefertes Vieh nachgewiesen, also für 800.000 Kilogramm hätte der Preis von 60 K 48 Millionen Kronen ergeben. Der Referent hat die verschiedenen Abschreibungen infolge von Seuchen und Nothständen in Abschreibung gebracht und hat 20 Millionen Kronen angenommen. Wir haben erklärt, daß wir auch das nicht glauben, daß dieser Betrag, der zur Verbilligung der Fleischaktion verwendet werden sollte, einkommen werde. Heute ist die Frage des Herrn Abgeordneten Gföller wohl sehr berechtigt, wenn er die Frage stellt, was ist von diesen Geldern einkommen? Ich glaube, gar nichts. Wenn der Herr Landeshauptmann in einem Zwischenrufe mich aufmerksam gemacht hat, daß ich in das Komitee hätte eintreten können, das über die eingebrachten Rekurse der Landwirte zu entscheiden hat, so möchte ich darauf verweisen, daß der Herr Landeshauptmann nicht informiert zu sein scheint, daß ich eine Funktion in diesem Komitee abgelehnt habe, weil ich eine derartige Sache nicht mitmache. In diesem Komitee sitzen drei Produzenten, Vertreter der Bauern, und ich hätte als Konsumentenvertreter die Beschlüsse, die jedenfalls auf Bewilligung dieser Rekurse gelaufen hätten, sanktionieren sollen. (Landesrat Gafz: „Sie hätten ja dagegen stimmen können.“) Ich mache aufmerksam, daß in diesem Motivenberichte der ganze Zweck der Zusammensetzung dieses Komitees vorgesehen ist, daß eine paritätische Kommission eingesetzt werde, nicht eine Kommission von drei Produzenten und einem Konsumenten. Ganz abgesehen davon kommt auch nichts heraus, wenn nun in dieser Kommission vier Konsumenten oder zwei oder drei Konsumenten sitzen. Das Ende vom Liede ist, daß die Bauern, die

nicht abgeliefert haben, nicht zahlen werden, weil niemand sich findet, der gegenüber den Bauern, wenn sie das Gesetz verletzt haben, mit der entsprechenden Strenge vorgeht. Deshalb vermessen wir in dem Vorgehen der christlichsozialen Landesregierung in Steiermark eine logische Konsequenz. Wir verweisen mit Recht darauf, daß in Oberösterreich, wie der Herr Abgeordnete Gföller ausgeführt hat, ganz anders vorgegangen wird. In Oberösterreich liegen die Verhältnisse auch nicht so, wie sie der Herr Landeshauptmann ausgeführt hat. Er mag mit Recht hervorheben, daß nicht nur die Viehwirtschaft, sondern daß auch die Getreidewirtschaft ausschlaggebend sei. Aber er hat vergessen, daß bei uns in Steiermark die Bauern auch kein Getreide abliefern, und nicht das Wenige, die geringe Menge von 300 Waggon, die ihnen vorgeschrieben wurde, abgeliefert haben. (Landeshauptmann Dr. Rintelen: „Oho!“) Wenn ich nicht irre, haben sie 14 Waggon abgeliefert, während in Oberösterreich die Bauern, die ihrer Verpflichtung bei der Fleischablieferung nachkommen, auch ihrer Verpflichtung bei der Getreideablieferung im vollen Maße nachgekommen sind. Es ist eine bedeutende Anzahl, mehrere tausend Waggon, von ihnen abgeliefert worden. Das müssen wir schließlich und endlich darauf zurückführen, daß die Leitung derjenigen, der Partei, die doch in der Hauptsache die Bauern hinter sich hat, in Steiermark wesentlich anders ist, als in Oberösterreich. Wenn Sie die Ausführungen des Landeshauptmannes Hausner mit den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen vergleichen, so kommen Sie sofort auf diesen Widerspruch. Während Landeshauptmann Hausner erklärt, in erster Linie ist es die Schuldigkeit, die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen, daß es seine Pflicht ist und daß das auch über seine Leiche hinweg durchgeführt werden muß, sucht der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen mit allen möglichen Mitteln die Bauern zu verteidigen. Landeshauptmann Hausner hat erklärt, daß er vor dieser Hecke nicht zurückweichen werde, wenn sie auch über ihn hinweggehen würde. Er ruft dies allen gutgesinnten Landwirten zu und das Resultat des offenen Auftretens ist, daß sie in Oberösterreich abgeliefert haben, während in Steiermark das Gegenteil der Fall ist, beim Getreide, bei den Kartoffeln. Es gibt keine Lebensmittel. (Abgeordneter Gutmann: „Traurig genug, daß Sie vergessen haben, wie es in der Oststeiermark ausgesehen hat, wir haben selbst nichts zu essen.“ — Abgeordneter Seehofer: „In Oberösterreich wird genau so über den Landeshauptmann Hausner geschimpft, wie hier

über Landeshauptmann Rintelen.") Wir haben Grund und Ursache, die Frage zur Erörterung zu bringen, nicht weil wir eine Unterhaltung haben wollen, dazu ist die Frage zu ernst und wenn der Herr Pfarrer Zenz mit dem Bruststone der Überzeugung erklärt, daß er den Mut hat, hier aufzutreten und die Bauern aufzufordern, zu liefern und sie zu verurteilen, wenn sie nicht liefern, so gehört dazu nicht viel Mut, hier im Landtage zu erklären, daß diese Bauern schuld sind, draußen aber nichts Nennenswerthes zu unternehmen. Es gehört ein ganz anderer Mut dazu, unseren Leuten beizubringen, daß allen diesen Erscheinungen gegenüber sie die Ruhe und Besonnenheit bewahren müssen. Ich kann sagen, daß, wenn Verordnungen hinausgegangen sind, es das erste war, von vornherein aufmerksam zu machen, daß diese Fragen sehr schwer zu erledigen sind, daß man sich von diesen wirtschaftlichen Fragen nicht hinreißen lassen soll. Ich habe eine ganze Reihe von Vertrauensmännerversammlungen mitgemacht, um das zu verhindern. Dazu gehört eine andere Portion von Mut, als hier in der Landstube zu erklären, man verurteile das eine oder andere. Aber, meine Damen und Herren, es handelt sich nicht um Einzelfragen, sondern es handelt sich um die Gesamtheit aller dieser Erscheinungen. Es ist nicht das Fleisch allein. Wissen Sie nicht, daß wir in Graz weder für die Säuglinge, noch für die Kranken und Greise die notwendige Milch zur Verfügung haben? und wissen Sie, daß das auch nur eine Geldfrage ist? Wenn heute hier ein Redner gesagt hat, daß es sich um den Gesteckungspreis handelt, daß die Preise aller Lebensmittel sich aufbauen müssen auf dem Gesteckungspreise und daß dann Vieh und Fleisch vorhanden sein werde, so muß ich sagen, das ist alles unzutreffend. Wenn er weiters erklärt hat, daß nicht genügend Vieh da ist, so sage ich, ich vertraue mich nach dem Sprichworte: „Tue Geld in Deinen Beutel, Roderigo", Vieh zu schaffen. Nur Geld braucht man. Denn den Bauern ist es ganz gleichgültig, ob die Kälber genug zu fassen haben und ob das Vieh dezimiert wird. (Abgeordneter Peintinger: „Das ist ein Unsinn, dann würden wir uns selbst ruinieren.") Das sind die vernünftigen Bauern, die so reden wie Sie. Das ist derjenige Teil der Bauern, dessen Tätigkeit der Herr Pfarrer Zenz als aner kennenswert geschildert hat. Es ist leider zu konstatieren, daß dieser Teil der kleinere Teil und daß der andere der überwiegende Teil der Bauernschaft ist, der zu allen Preisen verkauft. Die Logik des Herrn Pfarrers Zenz, den ich sonst achte und schätze, in seiner heutigen Beweisführung kann ich nicht be-

greifen. Wenn er erklärt, daß wir schuld sind, daß der Materialismus bei diesem von ihm gemeinten anderen Teil der Bauernschaft in Erscheinung tritt, so finde ich dazu keine Begründung. Wie kommen wir zu diesen Bauern? Lesen diese den „Arbeiterwille"? Kommen wir in Versammlungen zu Ihnen? Auch dieser andere Teil der Bauernschaft ist keineswegs sozialdemokratisch, sondern christlichsozial.

Präsident Kölbl (das Glockenzeichen gebend): Die Redezeit von 20 Minuten Redezeit ist abgelaufen.

Landesrat Machold: Herr Präsident! Ich würde bitten, nachdem Sie auf der Gegenseite es auch schon einmal nicht so genau genommen haben, mir zu gestatten, noch einige Minuten zu sprechen.

Präsident Kölbl: Heute hat noch kein einziger Redner über 20 Minuten gesprochen.

Landesrat Machold: Ich werde schließen. Ich will nur noch einiges sagen. Diese Sache ist sehr ernst. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß sie nur in der Hauptsache, im gegenseitigen Einvernehmen geregelt werden kann. Es geht unmöglich an, daß die maßlose Preiserhöhung auf die Konsumenten hereinschneit, es muß ein Weg gefunden werden, um dieser unberechtigten Verfeuerung einen Damm entgegenzusetzen, und zwar zum Schutze der wirklich anständigen Bauern. Es sind unter diesen solche, die nur gezwungen mitfun mit der Preiserhöhung. Wir müßten diese Frage zur Erledigung bringen und wir sind auch heute auf dem Standpunkte, daß wir unmöglich heute schon in den vollständig freien Verkehr übergehen können. Ich möchte der christlichsozialen Partei, weil ich beim Worte bin und annehme, daß der Herr Präsident mir noch zwei Minuten gönnt, sagen, wir vermissen eine Klarheit und vollständige Objektivität. Ich mache aufmerksam, es geht unmöglich an, daß man zweierlei Eisen im Feuer hat. Eine kurze Episode. Der Finanzreferent des Landes, sicher ein sehr geplagter Herr, ich meine es wirklich ehrlich, er hat viel zu tun, er muß sich in der jetzigen Zeit insbesondere mit der Frage beschäftigen, die Landesfinanzen zu sanieren, er stellt Anträge im Landesrate, die in der Hauptsache darauf hinausgehen, die sanitären Ausgaben einzuschränken und unter anderem auch Krankenanstalten aufzulassen. Es ist nun nicht von der Hand zu weisen, daß wir in unserem kleinen Lande zu viele Anstalten haben. Ich als Referent bin bereit mitzuhelfen, die Landesfinanzen zu sanieren und war auch damit einverstanden, als der Finanzreferent verlangte, daß mit aller Energie daran gegangen wird, das Krankenhaus in der Paulustorgasse aufzulassen. Das macht der christlichsoziale

Finanzreferent im Landesrate, wo es sonst niemand hört. Im Gemeinderate stellt aber der Christlichsoziale Herzog den Antrag, der Gemeinderat möge sich dafür aussprechen, daß das Krankenhaus in der Paulustorgasse nicht aufgelassen werden soll und dieser Antrag wird im Gemeinderate angenommen. Auf der einen Seite wegen Sanierung der Finanzen die Forderung an mich als Referenten zu sparen, und das Krankenhaus in der Paulustorgasse aufzulassen, auf der anderen Seite wird von derselben Partei der Antrag gestellt, daß dies nicht geschehen darf. Da fängt man doch darüber nachzudenken an, ob man noch irgendwelche Verpflichtungen der Allgemeinheit und Öffentlichkeit gegenüber hat, die soweit gehen, um so oft die Parteinteressen hintanzusetzen zu müssen. Ich möchte nicht auf die Widersprüche in Ihren Parteibeschlüssen verweisen. Heute liegt ein Antrag vor, den der Herr Abgeordnete Späak am Parteitage für Handel und Gewerbe gestellt hat, da heißt es (liest):

„Es ist Tatsache, daß sämtliche Berufsgruppen trachten, durch Ausschaltung jeden Zwischenhandels die Waren zu verbilligen. Und somit wird der mittelständige Handel vom Erwerbsleben ausgeschaltet. Wir sind im Prinzip Gegner von Konsumvereinen, wir erkennen zwar die Notwendigkeit der Arbeiterkonsumvereine, aber nur für die Arbeiter und nicht in dem Sinne, daß sie allgemein zugänglich sind. Die Konsumvereine sind ein Politikum, aber keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Wirtschaft soll aber entpolitisiert werden. Aus den Konsumvereinen erwachsen sowohl für die Konsumvereine als auch für den Staat große Nachteile. Eine weitere Resolution, und zwar betreffs des Abbaues der Konsumvereine und Wirtschaftsstellen nebst Forderung der Gleichbesteuerung der Konsumvereine mit den Erwerbsgruppen legen wir vor.“

Was geschieht aber de facto? Ein Konsumverein nach dem anderen wird von den Christlichsozialen gegründet, in Eggenberg, in Deutschlandsberg, in Seckau, Frohnleiten usw. Die Handlungen stehen also mit den Beschlüssen in keinem Einklang und so könnte ich eine ganze Reihe von Tatsachen konstatieren. Das, meine Herren von der christlichsozialen Seite, ist eigentlich die Ursache, warum das Arbeiten der Sozialdemokraten in der letzten Zeit so erschwert ist. Dies liegt nicht an uns, sondern an der so häufig zu Tage tretenden Unaufrichtigkeit auf der Gegenseite. Zur Fleischfrage zurückkehren, möchte ich

Präsident Kölbl: Die Redezeit ist verstrichen.

Landesrat Machold (fortfahrend): bitten, diese Frage mit allem Ernste zu behandeln und sich zu ver-

gegenwärtigen, daß es für uns als Vertreter der Arbeiterschaft nachgerade unmöglich wird, die Leidenschaften zu beseitigen oder zu besänftigen, daß es uns unmöglich werden wird, beruhigend auf die Arbeiterschaft einzuwirken und darnach bitte ich Sie die Entscheidung zu fällen. Nach dem Muster in Oberösterreich können wir jedenfalls die Viehwirtschaft in Steiermark betreiben und dann werden wir in der Lage sein, der städtischen und Industriebevölkerung das kleine Stückchen Fleisch in der Woche weiter geben zu können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Gföller: Hohes Haus! Ich möchte Sie vor allem versichern, daß ich Sie nicht überlasten werde mit der Zeit meiner Rede, sondern mich an die 20 Minuten halten werde. Zurückkommend auf die abgeführte Debatte, möchte ich auf die verschiedenen Rügen, die von einzelnen Rednern ausgeübt worden sind, nur einige Bemerkungen machen. Ich meine, daß jeder die Sache so ernst vom anderen nimmt, als sie ihm selbst ist; es sind aber genug Kennzeichen dafür vorhanden, daß einzelne den Gegenstand nicht mit dem nötigen Ernste behandelt haben. Ich möchte nun einiges zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in dieser Sache sagen. Der Herr Landeshauptmann hat vor allem gemeint, daß man dieses Problem objektiv beurteilen muß, und es sei notwendig, nicht etwas aus dem Zusammenhange herauszureißen, sondern auch an die Schwierigkeiten der Produktion zu denken, und er meinte, daß die größten Schwierigkeiten — und auch Herr Abgeordneter Jenz hat dem beigepflichtet — aus der Zeit des Krieges stammen. Ich möchte nun ohne weiteres zugeben, daß wir von der sozialdemokratischen Partei die Schwierigkeiten der Produktion auch bei Ihnen anerkennen, aber daß wir nicht so weit gehen, daß wir die Schwierigkeit der Produktion als eine Entschädigung dafür nehmen könnten, sich über die Schwierigkeiten der Lebensführung breiter Massen der Bevölkerung andauernd hinwegzusetzen. Der Herr Kollege Schreckenthal hat von den gestiegenen Produktionskosten gesprochen und ich meine, auch das gehört unter das Kapitel „Schwierigkeiten der Produktion“, aber wenn er auf das Beispiel verwiesen hat, welches seinerzeit im Ritterssaale anlässlich der Konsumenten- und Produzentenbesprechung gegeben worden ist, so, meine ich, ist das ein verunglücktes Beispiel, denn ich kann mich ganz genau erinnern, daß ich vor der Besprechung im Hofe einen Parteigenossen von ihm — den ich als einen klüchtigen Mann achte und schätze — gesprochen habe und mir von ihm eine Berechnung zeigen ließ,

die um 10 K Lebendgewichtsfleisch billiger zu stehen kam, als jene Berechnung, die dann im Saale mit dem Brufftone der Überzeugung vorgetragen wurde. Wenn damals schon bei einem Preis von 20 K eine Differenz von 50 Prozent vorhanden war, kann man an den Ernst der Produktionskostenberechnungen nicht immer glauben und, wenn sie nun auf die Produktionskostenberechnungen zu sprechen kommen — wie arm der Bauer heute sei — sie sagen es nicht, aber zwischen den Zeilen kann man es lesen — daß er eigentlich allein jener sei, der sich keinen Vorteil zu ziehen vermöge, möchte ich nur auf ein Alibi, das uns eine Zeitung von Ihnen für unsere Behauptung gegeben hat, verweisen, auf die landwirtschaftlichen Mitteilungen, auf Ihr Fachblatt, vom 1. Februar, wo es an der Spitze des Blattes geheißen hat (liest): „An alle Filialvorstände! Aus einzelnen Filialen werden Ausstritte von Mitgliedern in größerer Zahl gemeldet, weil es keine Demobilisierungsgüter mehr zu verteilen gibt und der Mitgliedsbeitrag mit 40 K für die Zentrale den Mitgliedern zu hoch erscheint. 40 K sind nach Friedenszeit 40 h; 3 K Beitrag im Frieden waren 300 h. Bei allen Bällen und Unterhaltungen fließen die Hunderter und Tausender, für seine Organisation will der Bauer nicht einmal im Jahre das leisten, was der einfache Arbeiter für seine Organisation in drei Monaten gern und mit Verständnis auf die Erfolge seiner Organisation einzahlt.“

Ich glaube, Sie haben hier ein einwandfreies Zeugnis dafür, daß Ihre Behauptung, daß es allen Bauern heute so schlecht gehe, aus eigenen Kreisen widerlegt. Nach Ihrem eigenen Fachblatte gibt es viele Bauern, bei denen die Tausender nur so fliegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Ernst zu nehmen wäre es von Ihnen, wenn Sie sagen würden, einem Teile der Bauern geht es schlecht und diesem Teile geht es allerdings schlecht, aber nicht jenem, den Sie gewöhnlich meinen, wenn Sie vom Bauern reden, sondern dem Teile, dem es schlecht geht, das sind die Kleinbauern, die unter Ihrer Preispolitik leiden, weil Sie zu einem großen Teile Konsumenten sind und jene Preise bezahlen müssen, welche Sie der Landwirtschaft diktieren oder in die Höhe geschraubt haben. Es ist häufig, daß viele Kleinbauern, die auf ihre eigene Arbeitskraft angewiesen sind, heute wieder das zusehen, was sie im Kriege verdient haben, und zwar deshalb, weil die Preise der Lebensmittel so teure sind und alle anderen Preise dadurch in die Höhe geschraubt werden und sie mit der Teuerung nicht Schritt zu halten vermögen. Wenn Sie das verallgemeinern wollen, so ist das durchaus

nicht richtig. Wir leben selbst unter Bauern, wir kennen viele Bauern und wissen sehr gut, wie es im allgemeinen um die Bauern steht. Und dann möchte ich noch eines sagen: Sie reden immer von den Opfern, die die Bauernschaft zu bringen hat, aber Sie reden nie davon, daß alle anderen Volksschichten viel mehr Opfer bringen müssen. Sie reden nicht davon, Sie leugnen es, daß auch die Industrie den Weltmarktpreis nicht bekommt, daß zum Beispiel man den Holzindustriellen 55 Prozent von der Valuta wegnimmt, von jenem Preise, welchen er für die ausgeführte Ware bekommt, daß es Ausfuhrbeschränkungen gibt, Ausfuhrzölle auf Luxuswaren, davon reden Sie nicht und noch viel weniger selbstverständlich davon, daß trotz aller Lohnsteigerungen die Arbeiter nicht die Höhe jenes realen Lohnes erreicht haben, die sie vor dem Kriege gehabt haben; Sie rechnen nicht damit, daß im Durchschnitte heute unsere Arbeiter mit ihrem realen Einkommen auf die Stufe eines indischen Kuli zu stehen kommen, Sie sind nur daran interessiert, daß Ihre Bauern den Weltmarktpreis bekommen, Sie wollen sich aber nicht darum kümmern, wie es in allen anderen Schichten steht. Wir sind der Meinung, wenn wir an den Folgen des Krieges leiden und sie zu tragen haben, dann gehört auf jede Schulter diese Last, je nach ihrer Stärke, und von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir fordern, daß Sie uns in dieser Frage entgegenkommen und daß Sie beweisen, daß Sie der Nährstand sind und uns die Lebensmittel zur Verfügung stellen, daß Sie uns zeigen, daß Sie eine Säule des Wirtschaftsleben sind und daher unseren Anträgen, die wir in dieser Richtung stellen, zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Winkler: Herr Abgeordneter Gschöller hat bei Begründung der dringlichen Anfrage seinen Standpunkt dahin präzisiert, daß er nicht einseitig vorgehen möchte, und Herr Landesrat Machold hat mitgefeilt, daß er wünsche, daß mehr Ernst der Frage beigegeben werde. Auch wir sind derselben Meinung und stehen auf demselben Standpunkte. Wenn wir uns mit der Frage befassen, so sehen wir, daß die Fleisch- und Milchfrage seit Jahren ein Politikum ist. Wir haben es im Jahre 1911 in Wien erlebt, als die Fleischpreise in die Höhe gingen und der Milchpreis um einige Heller erhöht wurde, daß die Straße mobilisiert wurde, wir haben gesehen, daß eine Erhöhung um 2 Heller Teuerungskrawalle in Wien hervorzurufen in der Lage waren. Wir haben gesehen, daß eine Preiserhöhung der agrarischen Produkte imstande ist, die Masse der Industriearbeiter ungeheuer zu erregen. Das ist deswegen, weil wir glauben, daß die

Industriearbeiterschaft von den sozialdemokratischen Vertretern nicht entsprechend aufgeklärt ist, weil sie in einem Sinne und Geiste erzogen ist, der antiagrarisch und klassenhasserisch ist. Es ist zweifellos, daß die Fleisch- und Milchfrage ein Politikum der Straße geworden ist. Ich kenne viele Herren der sozialdemokratischen Partei, die Einblick haben in die agrarischen Verhältnisse und in die ökonomischen Grundlagen des Staates, und wir können die Meinung geteilt sehen, die die Sozialdemokraten in bezug auf die Zwangswirtschaft einnehmen. Aus dem Antrage des Herrn Abgeordneten **K r a w a g n a** geht hervor, daß die Zwangswirtschaft in ihrer alten Form wieder eingeführt werden soll. Ich habe an einer Konferenz teilgenommen, in der die Häutezentrale hätte neu errichtet werden sollen, und da haben die Vertreter der Konsumentengruppe diesen Standpunkt vertreten, so daß viele gesagt haben: Ja lebt denn der in Österreich oder in einer anderen Welt? Ich kann es mir nicht vorstellen, daß jemand aus dem Konsumentenvertreterstande daran denken könnte, eine Zwangswirtschaft, die einseitig ist, wieder einzuführen. Das Mißtrauen der Bauernschaft ist durch die letzten Jahre gewachsen. Wir leiden alle an den gegenwärtigen Verhältnissen. Wenn nun gedacht wird, die Zwangswirtschaft in jener Form einzuführen, wie das im Kriege und die ersten Jahre nach dem Kriege der Fall war, so ist es für uns ganz unmöglich, daran zu denken, daß sich die Bauernschaft in eine solche Zwangsjacke stecken läßt, da die Bauernschaft mit Recht fordert, daß nicht sie einseitig unter die Zwangsjacke gestellt werde, sondern, daß, wenn überhaupt, diese Zwangsjacke über die Bevölkerung des ganzen Staates ausgedehnt werden müßte. Es müßte da die Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters unter Zwang gestellt werden. Wenn wir uns darüber einig sind, daß auch die Arbeitskraft des manuellen Arbeiters unter die Zwangsjacke kommen soll, dann haben wir nichts dagegen. Derzeit ist das aber nicht der Fall. Wenn den Arbeitern die Preise und Löhne nicht passen, dann streiken sie, um höhere Löhne zu erreichen. Der Herr Dr. **R e n n e r** hat einmal einer Bauerndeputation gegenüber erklärt: „Ich bin selbst der Sohn eines Kleinbauern, Ihr seid ja eigentlich auch nichts anderes wie Arbeiter, nur habt Ihr die Betriebsmittel in Händen.“ Wie geschieht bei uns die Preisbestimmung der Handarbeit jedes einzelnen Bauern? Die geschieht dadurch, daß der Preis des Produktes die Arbeit darstellt. Ein Bauer, der in Form von Produkten und Erzeugnissen seine Arbeit verkauft, dem werden Sie nicht zumuten können, daß er seine Arbeit nicht so verkauft, daß

er nicht selbst existieren kann, oder daß er sich schinden und rackern muß, um nur das nackte Leben zu fristen. Sie werden zugestehen, daß die Lage der Landwirtschaft vor dem Kriege nicht nur eine trostlose gewesen ist, sondern zum Untergange geführt hätte. Die Abstützungen in Obersteiermark, das Überhandnehmen des Großgrundbesitzes, des Latifundienbesitzes — schauen Sie sich das Wiederbesiedlungsgesetz an —, das sind alles Folgen davon, daß das Produkt in der Landwirtschaft zu einem unmöglichen Preissage abgegeben werden mußte. Der Zinssatz ist unter dem normalen Kapitalszinse gestanden, so daß der Bauer nur deshalb bestehen konnte, weil er sich mit Hilfe seiner Hände Arbeit auf der Scholle erhielt, beziehungsweise er konnte sich nicht erhalten und wurde abgestiftet. Die Verhältnisse vor dem Kriege müssen auch Ihnen zu denken geben. Sie können nicht wünschen, daß diese Verhältnisse in der Landwirtschaft neuerlich einkehren. Wir haben wiederum die Besorgnis, daß die täglich schwieriger werdenden Verhältnisse in der Landwirtschaft diesem Zustande zutreiben. Wir gestehen zu, daß mehr flüssiges Geld in der Landwirtschaft vorhanden ist, wie vor dem Kriege. Aber ganz abgesehen davon, daß das Geld durch den tiefen Valutastand nichts wert ist, so müssen Sie doch zugestehen, daß das Geld aus dem eigenen Grund und Boden, durch Raubbau während des Krieges gewonnen, heute noch in Form von Bargeld bei der Bauernschaft liegt. Die Zuflüsse in die Raiffeisenkassen sind nicht so groß, wie Sie vielleicht meinen. (Abgeordneter **L e i c h n**: „Man hat ja gesehen, welcher Überfluß bei den Bauern herrscht!“) Das Bargeld ist auch nicht so groß. Ich bitte nur aufzupassen, ich habe nur davon gesprochen, daß wir mehr Bargeld haben als vor dem Kriege, weil wir durch Raubbau Ausverkauf in der Landwirtschaft gemacht haben. Ich glaube, über die Frage sind wir uns im klaren, daß von der Einführung der Zwangswirtschaft nicht die Rede sein kann, vom Standpunkte der Bauernschaft, der Konsumenten und Produzenten, denn eine einseitige Bevormundung und Zwangswirtschaft kann es nicht geben.

Nun noch einige Worte zur Ernährung. Wir haben gelesen, daß Deutschösterreich 42 Milliarden Kronen Staatsdefizit hat, und von diesem Defizit sind nicht weniger als 21 Milliarden Kronen darauf zu rechnen, daß der Staat allein zur Verbilligungsaktion 21 Milliarden Kronen ausgibt. (Abgeordneter **L e i c h n**: „In welche Taschen sind sie denn geflossen?“) In das Ausland sind sie zum großen Teile geflossen, weil der Staat eine wahnsinnige

Preispolitik betrieben hat, indem er an das Ausland zehnmal mehr für das Getreide gezahlt hat als im Inlande. Sie zahlen für die Kondensmilch heute noch 50 oder 100 K, für die Milch aber wollen sie nicht einmal 7 K zugestehen. Zahlen Sie ordentlich, dann werden Sie auch Milch bekommen. Tatsache ist es, daß die 21 Milliarden Kronen zu Verbilligungszwecken verwendet wurden und daß das große Defizit darauf zurückzuführen ist. Wenn Sie den Herrn Landeshauptmann fragen, ob das Defizit dieser großen Verbilligungsaktion gerechtfertigt ist, dann müssen Sie auch uns zugestehen, zu fragen, ob es auf die Dauer angeht, die Verbilligung eines Laibes Brot, der zweifellos mit 1 Kilogramm auf 40 K kommt und der aber mit 7 K abgegeben wird, so daß der Staat zirka 25 bis 30, ja 33 K daraufzahlt, weitergeführt wird, und daß nicht nur die Mindestbemittelten, sondern auch die Kriegsgewinner an dieser Verbilligung des Staates teilnehmen? Glauben Sie, daß der Staat unter diesen Verhältnissen finanziell bestehen kann? Wir haben deshalb schon vor anderthalb Jahren verlangt, daß die Verbilligung der einzelnen Gruppen durch die Unternehmer zu erfolgen hat, und ist der Standpunkt, den die Landesregierung eingenommen hat, nicht nur sehr vernünftig, sondern auch berechtigt, daß in Betreff der Gesehungskosten für die Konsumenten die Industrie für ihre Arbeiter die Verbilligung übernimmt und der Staat für seine Angestellten, so daß dann nur eine ganz kleine Gruppe übrig bleibt. Wir Bauern stehen auf dem Standpunkte, leben und leben lassen. Die Verbilligungsaktion muß sich auf die Mindestbemittelten, auf die Rentner und Pensionisten, die nicht streiken können, um höhere Bezüge zu haben, erstrecken, und ich meine, daß diese Verbilligungsaktion nur einen kleinen Teil umfassen soll, für welchen in Graz zirka 50.000 Personen in Betracht kommen, und daß damit das Defizit zweifellos ein geringeres werden wird. Ich möchte noch darauf zu sprechen kommen, daß wir aus den Reden, insbesondere von den Herren der sozialdemokratischen Partei, immer wieder jenes wiederkehren hören, daß die Landwirtschaft mit ungeheurem Wuchergewinn arbeite und daß die Landwirtschaft aus diesem Gewinne auf Kosten der Konsumenten sich ungeheuer bereichert. Ich habe an einzelnen Beispielen gezeigt, daß wir Einblick nehmen müssen in die Volkswirtschaftspolitik und ökonomischen Verhältnisse im Staate und in jene Preispolitik, die die Produktion zugrunde gerichtet und die Konsumenten um die Nahrungsmittel gebracht hat. Die Preispolitik nicht nur im Staate, sondern im Lande hat zu diesen Ver-

hältnissen geführt. Wenn Sie die Zwangswirtschaft wieder einführen wollen, dann begeben Sie sich auf einen Weg, der nicht nur gefährlich ist, sondern der die Produktion, die im Aufstiege begriffen ist, gänzlich unterbindet. Da betreten Sie einen Weg, der für die Zukunft gefährlich werden könnte. Denn es könnte durch Einführung der Zwangswirtschaft nur augenblicklich geholfen werden, wenn es überhaupt gelingen würde, aus den Stallungen der Bauern etwas herauszubekommen. Das bezweifle ich mit Recht. (Abgeordneter Leichn: „Sie haben ja Waffen dazu!“) Gott sei Dank, ich gestehe ohneweiterz zu, wir haben Waffen. Ich möchte noch aufmerksam machen, daß die Freiheit der Bauern, von der insbesondere Herr Landesrat Machold gesprochen hat, nicht so unzweifelhaft dasteht; denn ich kenne Bezirkshauptmannschaften, die nicht nur sehr kleinlich vorgehen, sondern sehr drakonische Strafmaßnahmen ergreifen. Ich bitte, bei der Expositur Knittelfeld und bei der Bezirkshauptmannschaft Graz da hängt man den kleinen Dieb sofort, die kleinen Diebe werden alle gefangen, die großen läßt man laufen. Die Bauern aber werden zu drakonischen Strafen verurteilt, schikaniert und drangsaliert und beschimpft. Mir liegen Fälle vor aus der Expositur Knittelfeld, wo ein gewisser Hauptmann Grebenz — es scheint seine Spezialität zu sein — nicht nur vorsintflutliche Hausdurchsuchungen vornimmt, obwohl wir die freie Wirtschaft haben, sondern auch in sonderbarer Art gegen die Bauern in schärfster Weise vorgeht. Es ist einem Bauern aus Feistritz das Getreide beschlagnahmt worden, obwohl er seiner Abgabepflicht Genüge geleistet hat, nur deshalb, weil er das Getreide mit einem Leobener Bauern gegen Mais umtauschen wollte. Es sind Leute wegen einer geringfügigen Milchpreiserhöhung, weil sie gesagt haben, um 7 K können sie die Milch nicht abliefern, gebt 10 K her, bestraft worden. Um 7 K abzuliefern, ist ein Wahnsinn, wo die Kondensmilch 50 und 100 K kostet. Diese Bauern sind bestraft worden mit 1000, 2000, auch 10.000 K. Das ist geschehen im Jahre des Heiles 1920 in der Expositur Knittelfeld. Wir wünschen nicht, daß diese Verhältnisse wieder eingeführt werden. Ich glaube überhaupt, die Fleisch- und Milchfrage ist nur ein Politikum, weil sie im Budget eines Arbeiters nicht jene Rolle spielen kann, wie sie ihr öffentlich zugelegt wird. Ich habe das auch an anderer Stelle angeführt. Wenn wir einen Betrag von 150 K annehmen und das Gewicht von 60 Dekagramm, so kommen wir auf 90 K, das wäre für eine vierköpfige Familie die Wochenration. Ich bitte, was

spielen 90 K. bei dem Einkommen eines Arbeiters für eine Rolle? Ich habe Gelegenheit gehabt, heute an einer Konferenz teilzunehmen, wo Arbeiterforderungen mitgeteilt wurden. Man hat 20 K. Stundenlohn verlangt bei freier Verpflegung, das macht 160 K. täglich und freie Verpflegung, und womöglich Wohnung, Beheizung und Beleuchtung. Sie sehen daher, daß das sogenannte Fleischbudget in gar keinem Verhältnis steht zur Einnahme eines Arbeiters und einer Arbeiterfamilie. Wenn es der Landwirtschaft so gut ginge, wie erklären Sie dann die Landflucht? Es läuft ja alles weg. (Zwischenruf: „Weil Sie schlecht bezahlen!), und es scheint den Diensthofen in der Stadt doch besser zu gehen, denn sonst würden die Diensthofen und Landarbeiter uns nicht verlassen. Es scheint also am Lande wirklich nicht so glänzend zu sein, daß es dort besser geht. (Abgeordneter Leich: „Würden Sie gut bezahlen, so würden sie nicht fortgehen!“) Ich bitte, ich habe heute einen Vertrag mit unterschrieben, wo das bezahlt wird, es ist in Werndorf bei Graz, und zwar im Unternehmen des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß uns Fälle bekannt sind, wo die Arbeiter ausgebeutet worden sind in der Richtung, daß sie fünfmal wöchentlich Fleisch und den gleichen Lohn bekommen müssen. (Abgeordneter Schreckenthal: „Das ist Fleischnot!“)

Ich habe die Meinung vertreten, daß die vorliegende Frage ernst genommen werden soll und möchte nur wünschen, daß auch von Seite der Sozialdemokraten diese Frage nicht wie in einer Wählerversammlung, sondern von einem ernsthaften Gesichtspunkte aus behandelt werden soll. Es ist einfach unmöglich, daß man eine so wichtige Frage, mit Schlagworten abtut, um so weniger, als Sie bestätigen müssen, daß in Ihrer Partei geteilte Meinungen über die Zwangswirtschaft ob sie nämlich recht und billig ist, bestehen, und daher ist es richtig, daß ein solcher Antrag, wenn er auf die Tagesordnung kommt, selbstverständlich den Widerstand der Produzenten finden muß, und zwar deshalb, weil eine einseitige Zwangswirtschaft für einen Teil des Bauernstandes unmöglich Platz greifen kann. Sie haben voriges Jahr in der Rittersaalversammlung gesehen, daß der Herr Abgeordnete Schreckenthal den Antrag gestellt hat wegen Abbaues der Preise und wir mit der Einsetzung einer Kommission einverstanden waren, vorausgesetzt natürlich, daß der Abbau nicht nur für unsere, sondern auch für die industriellen Artikel stattfindet. Die Preisabbaukommission in Wien hat gezeigt, daß dieses leere Stroh, was dort gedroschen wurde, sich in einer Linie bewegt mit den Ausführun-

gen, die wir heute hier wieder gehört haben. Es ist immer dasselbe Lied: „Die Landwirtschaft wuchert und wir müssen verhungern.“

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir auch als wichtigstes Problem in diesem Staate die Verständigung zwischen Bauern und Arbeitern ansehen; ich habe auch in einer Versammlung angeführt, daß in einem Staate, der je zur Hälfte aus Bauern und Arbeitern besteht, eine Verständigung zwischen beiden erfolgen muß, denn es ist ganz unmöglich, daß ein Staat mit einem derartigen Hass, wie Sie ihn gegen uns geführt und gezeigt haben, bestehen kann. Wenn Sie diesen Haß nicht abbauen, dann muß der ganze Staat zugrunde gehen. Wenn Sie diesen Haß nicht abbauen, werden Ihnen auch die Kleinbauern, die Ihnen bisher Gefolgschaft geleistet haben, wieder untreu werden. Ich kann nur das eine sagen, daß es im Interesse des ganzen Volkes und beider großen Gruppen in diesem Staate zu einer Verständigung kommen muß. Und diese Verständigung ist nur möglich, wenn wir uns auf einer gesunden Basis finden und diese ist: „Leben und leben lassen.“ Wenn Sie aber uns immer diktieren und uns Vorschriften über unsere Wirtschaftsführung machen wollen, dann kann es zu keiner Verständigung kommen. Diese Verständigung kann nur dann der Fall sein, wenn Sie sich auch auf den Standpunkt stellen, die Landwirtschaft, die Bauernschaft ist auch ein Stand, eine Klasse in diesem Staate, die ihre Scholle bearbeitet und leben muß von dem Ertrage dieser Arbeit auf ihrer Scholle. Wenn Sie dies anerkennen, werden sich diese beiden Stände gewiß verstehen. Solange Sie aber durch solche Drohungen, wie Sie sie in Ihren heutigen Reden ausgesprochen haben, der Bauernschaft klar machen wollen, daß Sie imstande sind eine Änderung dieses Systems herbeizuführen, beziehungsweise neuerlich durch Einführung einer Zwangswirtschaft das zu erreichen, was Sie wollen, sind Sie im Irrtum und schaden Sie sich selbst und untergraben auch die Existenz dieses Staates. (Beifall bei den Bauernbündlern und Großdeutschen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Mrer: Hohes Haus! Ich muß mich an das Wort des Herrn Landesrates Machold halten, daß nämlich auch ich ursprünglich nicht die Absicht gehabt habe, das Wort zu ergreifen. Aber insbesondere die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Regner bewegen mich, doch einige Ausführungen des Herren der Gegenseite klar zu stellen. Es wurde gesagt, daß Fleisch nach Wien gegangen sei. Nun, meine Herren, ich muß dem gegenüber feststellen, daß dieses Fleisch vom städtischen Ernährungsamte bereits in Waggonen eingelagert und für

Wien bestimmt war, und daß das städtische Ernährungsamt dem Herrn Landeshauptmann gegenüber erklärt hat, wenn dieses Fleisch nicht abrollt, ist es unmöglich, in der betreffenden Woche, das heißt auf den darauf folgenden Samstag Fleisch an die Bevölkerung der Stadt abzugeben, beziehungsweise dieses zu verbilligen, das städtische Ernährungsamt braucht Geld um dieses gewisse Defizit aus der Verbilligung hereinzubringen. Darauf wurde vom Herrn Landeshauptmann die Ausfuhr gestattet, das war aber auch das letztemal.

Nun, meine Herren, wirft man uns und besonders dem Herrn Landeshauptmann Systemlosigkeit in der Frage der Fleischversorgung vor. Nun, meine Herren, von der Gegenseite, Sie haben doch Monate hindurch, und zwar durch den Referenten Herrn Landesrat Hartmann Gelegenheit gehabt, Systematik in die Fleischversorgung hineinzubringen. Wenn Ihnen das nicht gelungen ist, und naturgemäß konnte es nicht gelingen, weil Ihre ganze Politik damals (Zwischenruf: „Sie haben uns diese sabotiert!“) Sie reden sich aus auf Sabotage, aber Ihre ganze Politik von damals war eine unsinnige (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.), warum? Weil Sie ganz unsinnig die Preise gedrosselt und niedergehalten haben zu einer Zeit, wo die Gesteuerungskosten schon ganz andere waren als heute.

Das, was Sie heute zugeben, daß nämlich die Produktionskosten weit darüber hinausgegangen waren über das, was der Bauer bekommt, das haben Sie damals noch bestritten. (Rufe: „Sehr richtig.“)

Nun, meine Herren, muß ich Ihnen schon mit andern Punkten etwas genauer kommen und das ist der Kernpunkt, warum ich überhaupt das Wort ergriffen habe. Wir sagen uns, das richtige soziale Verständnis erfordert es, daß man die Verbilligungsaktion denjenigen zu statten kommen läßt, die die Armsten sind und es ist heute schon betont worden, wo diese Kreise zu suchen sind, nämlich bei den Kleinrentnern, Pensionisten, Witwen und Waisen usw. Meine Damen und Herren, vor einigen Monaten oder Wochen habe ich das bereits an derselben Stelle betont. (Abgeordneter Krawagna: „Aber durchgeführt wird es doch nicht.“) Lieber Herr Krawagna, wir waren für die Staffellung und wer hat derselben nicht zugestimmt? Das waren Sie, meine Herren, und wissen Sie warum? Das kann ich Ihnen schon sagen, weil Sie dann nämlich in den Fabriken teilweise Arbeiter gehabt hätten, die infolge ihres hohen Einkommens nicht unter diese Minderbemittelten gefallen wären (Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

und da wäre dann Ihre parteipolitische Haltung dadurch erschwert worden. Das ist der wahre Grund, warum Sie gegen die Staffellung waren. Wenn wir aber damals die Staffellung durchgebracht hätten, wäre es möglich gewesen, gerade diesen genannten Armsten noch weitaus billigeres Fleisch zu versorgen, weil wir dann in dieser Form mehr Geld gehabt hätten. (Landesrat Ressel: „Jetzt haben Sie trotz der hohen Preise auch kein Fleisch!“) Mein lieber Herr Ressel, Sie haben letzten Samstag Fleisch gehabt und am vorletzten Samstag haben Sie auch Fleisch gehabt, zumindest haben Sie einmal Fleisch gegessen. (Abgeordneter Krawagna: „Aber nur im Schleichhandel, offiziell nicht.“) Es waren aber zwei offizielle Fleischausgaben in Graz in der letzten Zeit.

Nun zu einer anderen Frage. Sie haben auf der einen Seite zugegeben die Abhängigkeit der Preisbildung in Steiermark gegenüber anderen Nachbarkländern, in anderer Beziehung regen Sie sich über die steirischen Vieh- und Fleischpreise auf. Da will ich Ihnen etwas sagen. Schreiben Sie einen künftigen Brief an Ihren Genossen Reumann in Wien und sagen Sie, er soll in Wien Ordnung machen, daß man nicht in jedem Restaurant und zu jeder Tageszeit Fleisch bekommt so viel man will. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Landesrat Ressel: „Das ist bei uns auch der Fall.“) Solange dies der Fall ist, wird naturgemäß das Abströmen von Fleisch nach Wien stattfinden. (Lebhafte Unruhe. — Zwischenrufe des Abgeordneten Krawagna.) Lieber Herr Krawagna, auch darauf will ich Ihnen etwas sagen. Erstens, Herr Krawagna, der Herr Bürgermeister Reumann ist nicht nur Bürgermeister, sondern auch Landeshauptmann. Zweitens, tun Sie hier diese Äußerung, daß es in den Restaurants nur Reiche gibt. Schreiben Sie an Adler, Seitz und Genossen, die sich am Semmering das Fleisch kaufen können! (Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie brauchen sich bloß die Kurliste anschauen. (Landesrat Ressel: „Kleinweise kommen Sie schon in die Gasse, wohin Sie auch gehören!“) Lieber Herr Kollege Ressel, wenn Sie behaupten, daß ich mich in der Gasse bewege und dahin gehöre, dann kann ich Ihnen nur sagen, dann gehören Sie in die Wüste. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, wurde die Fleischverteilung sogar angeführt als Urgrund der Noteninflation. Ich muß demgegenüber betonen, wenn Sie auf dieses Kapitel übergehen, so liegen die Gründe tiefer, und zwar einfach in den unglückseligen Bestimmungen des Friedensvertrages, der uns zu einem nicht lebens-

fähigen Gebilde in Österreich gestempelt hat. (Zwischenruf: „Bei den Wahlen haben Sie etwas anderes gesagt!“) Es ist auch ein zweiter Grund und der liegt darin, daß man nämlich zu einem Lande, in dem der schreckliche Terror herrscht, in dem gestreikt wird, wann man will und so viel man will, kein Vertrauen hat. (Großer Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Präsident K ö b l gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abgeordneter K r a w a g n a: „Wenn die Landesregierung nichts macht, ist es ja unmöglich.“) Nun meine Herren, nachdem sich der Herr Abgeordnete K r a w a g n a besonders hervortut, möchte ich auch noch etwas sagen. Der Herr K r a w a g n a hat gesagt: „Hätten Sie nur in der Kriegszeit den Mut aufgebracht, gegen die Ausbeutung des Viehstandes aufzutreten!“ Da muß ich Sie fragen; hätten Sie den Mut aufgebracht, zu verhindern, daß in der Kriegszeit Kanonen gegossen werden (Rufe: „Sehr richtig!“), die dann gegen alle losgegangen sind? (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen und Rufe: „Sehr richtig“. Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zwischenruf: „Sie haben uns angeklagt, daß wir den Krieg sabotiert haben.“ Lebhafter Unruhe. Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Sehr interessant ist es jedenfalls, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei heute auf einmal von einer Versöhnung der Klassen, von einer Verständigung sprechen. (Abgeordneter L e i c h n i: „Wer hat das gesagt?“) Wenn Sie sich immer auf diesen Standpunkt gestellt hätten und nicht immer den Klassenkampf gepredigt hätten, dann wären wir heute wo anders. Noch etwas möchte ich erwähnen. Es wurde uns heute vom Herrn Abgeordneten R e g n e r vorgeworfen, daß wir in programmatischer Beziehung überhaupt eine Doppelnull sind und weder den Namen Christlich noch den Namen Sozial zu führen das Recht haben. Ich weiß nicht, ob es sehr programmatisch ist, wenn man zwischen der zweiten und dritten und vierten Internationale herumschwenkt und wenn man schließlich und endlich bei einer Zweidrittelinternationale landet. (Lebhafter Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Aber ich will Ihnen Herr Abgeordneter R e g n e r sagen, wenn Sie uns das Christlich und das Sozial abstreifen, dann nehme ich für mich folgendes Recht in Anspruch: Das Sozial bedeutet Klassen- und Parteikampf, das Demokratisch Terror. (Präsident R e g n e r: „Sie glauben wohl, daß ich mich mit Ihnen einlassen werde“. — Landesrat R e s e l: „Das ist ja Naschmarkt!“ — Präsident R e g n e r: „Da müssen Sie schon noch höher stehen.“) Ich bitte, ich kann mich auch höher stellen. Wenn

Sie uns in der Form Programmlosigkeit vorwerfen, dann soll man bei solchen Reden vorsichtiger sein. Ich muß sagen, daß Ihr Programm des Internationalismus sich im Kriege als große Lüge erwiesen hat, wo ein Genosse auf den andern geschossen hat. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter R u s c h a k: „Wir haben mehr mitgemacht, als mancher von Ihnen.“ — Abgeordneter G u t m a n n: „Zachinierer“.) Nun, meine sehr Verehrten, möchte ich zum Schlusse mir nur noch erlauben, kurz folgendes zu sagen: Wir sind jetzt dank Ihrer Debatte bei 8 Uhr 10 Min. abends angelangt. Ich freue mich, daß ich jetzt schließen kann. Sie werden sich auch darüber freuen. Ich aber freue mich vielmehr darauf, was Sie das nächstmal bei der Sitzung bringen werden. (Abgeordneter K r a w a g n a: „Ihre Schandtaten“.)

Landesrat M a c h o l d: Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich werde mich bemühen, es möglichst kurz zu machen. Ich möchte nur auf einige, vom Herrn Landesrat W i n k l e r vorgebrachte Äußerungen zu sprechen kommen; und da dürfte in der Hauptsache das sein, daß er wohl festgestellt hat, daß die Gesteungskosten bei einer ganzen Reihe von landwirtschaftlichen Artikeln nach seiner Überzeugung zu nieder festgesetzt sind, daß er aber als Vertreter vergessen hat, die Tatsache, die sehr ausschlaggebend ist, zu erwähnen, daß bei der Landwirtschaft nebst Fleisch, Vieh und Milch auch andere Artikel vorhanden sind, wo diese ganzen Gesteungskosten nicht aufscheinen. Ich möchte da darauf verweisen, daß die meisten Bauern bei dem Apfelschäfte Hunderttausende eingenommen haben, wovon Sie keine Erwähnung machen. Sie haben kolossal viel verdient und da haben Sie die Gesteungskosten nicht ermittelt. Auch beim Gras und beim Heu sind die Gesteungskosten nicht so hoch, wie beim Kraftfutter. Eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Produkten hat den Weltmarktpreis bereits überschritten. Wie viel hat zum Beispiel im Frieden die Butter gekostet und wie hoch kommt sie heute? Auch der Umrechnungsschlüssel hat heute zu dem Ergebnisse geführt, daß eine Reihe von Produkten schon über dem Gesteungskosten steht. Ich habe ausgerechnet, daß in Friedenszeiten ein Kilogramm Fett fünf Kilogramm Mais ausgemacht hat. Der Herr Landeshauptmann hat heute ausgeführt, daß uns heute ein Kilogramm Mais schon 30 K kostet. Fünfmal 30 macht also 150 K für ein Kilo Fett. Nun, bitte, mir zu sagen, wo man um diesen Preis von 150 K ein Kilogramm Fett bekommt! Sie werden mir daher gestatten müssen, daß

wir in diese Ihre Berechnungen einigermaßen Zweifel setzen müssen (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.), weil endlich und allein doch nicht der Einzelartikel, sondern das Gesamteresultat in Betracht kommt und das ist ein Besseres für die Landwirtschaft als wie für den Arbeiter und den Festangestellten. Es ist nicht zu leugnen und da knüpfe ich daran an, was Herr Landesrat Winkler ausgeführt hat, daß die Landwirtschaft vor dem Krieg dem Untergange zugegangen ist; und es ist heute nicht zu leugnen, daß im Staate kein Stand bestehen kann außer den Kriegsgewinnern, den ich aber als Stand nicht anerkennen kann. Es wurde bestätigt, daß sich durch den Krieg die Bauern herausgearbeitet haben, also hat doch die Landwirtschaft bei aller ungünstigen Preiskalkulation während des Krieges am besten abgeschnitten; und deshalb können wir mit Recht verlangen, daß Sie ein Verständnis den Konsumenten entgegenbringen, und daß Sie bei allen ihren Handlungen davon ausgehen, wenn Sie die Aufrichtung des Staates ins Auge fassen, wie Sie den Staat aufrichten können. Das ist nur möglich, wenn die Leute etwas zu essen haben. Es ist ein Unterschied, beim Essen sich einzuschränken oder bei dem Einkaufe eines Wagens, einer Sämaschine und dergleichen. Darauf, meine Herren, bitte ich, Ihr Augenmerk zu lenken. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß etwas in dieser Frage geschehen muß. Ich möchte nicht sprechen in dem Tone, wie Herr Dr. Uhrer gesprochen hat. Es kommt zwar immer eine Stimmung hinein, wenn der Herr Dr. Uhrer spricht, aber der Ernst der Debatte leidet dadurch sehr. (Widerspruch des Abgeordneten Seehofer. — Abgeordneter Muchitsch: „Schon wieder der Seehofer“. — Abgeordneter Pörtl: „Der Seehofer muß noch nicht definitiv angestellt sein als Generalsekretär, weil er gar so plärr“. — Landeshauptmannstellvertreter Pongraz: „Herr Seehofer, Sie schreien den ganzen Nachmittag herum, können Sie sonst gar nichts?“ — Lebhafter Unruhe.) Ich möchte Ihnen sagen, diese Frage ist keine Unterhaltungsfrage, sondern sie ist eine ernste Frage und ich weiß nicht, wie es uns gelingen soll, den Leuten, denen das Fleisch verteuert wird, beizubringen, daß sie sich das gefallen lassen müssen. Was löst die Fleischteuerung aus? Die logische Entwicklung wäre, daß wieder von den Festangestellten und von allen, die auf ihrer Hände oder Gehirne Arbeit angewiesen sind, Lohnforderungen gestellt werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Preise beim Vieh in einer Weise in die Höhe gegangen sind, die nicht mehr be-

rechtigt ist. Wenn wir heute in Oberösterreich, obwohl der Herr Landeshauptmann behauptet, daß dieser Preis einer Reform unterzogen werden müsse, für ein Kilo Fleisch noch einen Preis von 23 K. haben, so können wir in Steiermark nicht einen Preis von 90 und 100 K. als zulässig betrachten. Das sind Zustände, die geändert werden müssen. Es ist auch nicht zutreffend, daß wir der bauerlichen Bevölkerung eine Zwangswirtschaft aufoktroieren wollen. Wir alle stehen unter einem großen Zwange, der auf allen Konsumenten lastet. Alle Konsumenten haben einen drückenden Zwang, der darin besteht, daß ihnen laut Zwangswirtschaft jedes Viertelkilo Mehl und jedes Viertelkilo Mais zugewogen wird. (Landesrat Winkler: „Wir haben aber in der Landwirtschaft die lange Arbeitszeit!“) Ich bitte, nicht zu übersehen, daß die lange Arbeitszeit in der Landwirtschaft nur eine Saisonarbeit ist. Sie arbeiten nicht das ganze Jahr hindurch, während alle anderen kontinuierlich Tag für Tag arbeiten müssen. Sie können übrigens die lange Arbeitszeit aushalten, weil sie die entsprechende Ernährung haben. Sie können aber nicht von ausgehungerten Leuten verlangen, daß sie länger arbeiten sollen. Das ist physisch unmöglich. (Abgeordneter Schreckenthal: „Warum wollen Sie in der Landwirtschaft die Arbeitszeit herabsetzen?“) Wir wollen in der Landwirtschaft die Arbeitszeit auf das erträgliche Maß festsetzen. (Unruhe bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch etwas. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Uhrer und auch der Herr Landesrat Winkler haben die Staffellung als Allheilmittel aufgezeigt. Ich gehe ganz sachlich auf die Sache ein und vertrete die Sache in derselben Weise wie früher. Es kommt bei der Staffellung nichts anderes heraus, als die Installierung eines großen bürokratischen Apparates mit viel Schreibererei, mit Schreibmaschinen und Maschinenträuleins, und am Schlusse haben Sie auf der einen Seite etwas erspart und auf der anderen Seite daraufgezahlt und haben außerdem noch eine große Zahl von Leuten, die eine produktive Arbeit leisten könnten, der Arbeit entzogen. Es ist technisch nicht möglich, weil Sie in der Einschränkung so weit gehen müssen, daß Sie die unteren Schichten treffen und weil diese, die nicht das Notwendigste haben, um leben zu können, sich das nicht gefallen lassen; so werden sie reagieren und dann wird es dazu kommen, daß sie höhere Löhne fordern werden, und das ist der ewige Kreislauf, der zu unser aller Schaden ausschlägt. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Uhrer hat recht, wenn er meint, daß

wir auch deshalb nicht dafür sind, weil eine Ungleichmäßigkeit in den Fabriken eintreten würde. Das ist auch ein Grund. Stellen Sie sich vor, in einer großen Fabrik, wo ein paar Tausend Arbeiter angestellt sind, kommen beiläufig 500 in die Verbilligung hinein und beziehen das Fleisch billiger als die andern. Das führt dazu, daß die von uns mit so vieler Mühe herbeigeführte Ruhe in den Fabriken wieder gestört wird, und daran haben wir und können auch Sie kein Interesse haben. Deshalb ist unser Standpunkt der Staffellung ein ablehnender, weil wir glauben, daß es nicht geht. Ich verweise darauf, daß ja auch in ihren Kreisen diese Auffassung besteht, und ich erinnere mich, daß Präsident Lechner, der ja Ihnen nahe steht, in einer Sitzung in der Reichs-Wirtschaftskommission in Wien erklärt hat, er ist auch der Meinung, daß in Österreich unter sechs Millionen Einwohnern fünf Millionen sind, denen man alles verbilligen müßte, so daß es sich also nur um einen großen Apparat handeln würde, das Schlussergebnis wäre aber nichts. Nun, meine Herren, wenn Sie die Absicht haben, irgend etwas in dieser uns alle drückenden wirtschaftlichen Frage, und ganz losgelöst von der Politik, zu tun, dann bitte ich um Ihre Gegenvorschläge. Wenn Sie glauben, daß man mit der Zwangswirtschaft nicht mehr kommen kann — wir sind ja auch keine Anhänger der Zwangswirtschaft, und Sie sagen ja, sie soll beseitigt werden, glauben aber nur, daß die Zeit noch nicht gekommen ist um den freien Handel schrankenlos sich austoben zu lassen und Sie sind ja auch nicht für den Zwischenhandel, da stimmen wir ja überein — dann machen Sie Gegenvorschläge, welche herbeiführen, daß das sprunghafte Hinaufklimmen der Lebensmittel ein Ende nimmt und wir werden in Ruhe darüber beraten können. So lange Sie aber solche Vorschläge nicht machen, bleibt nichts übrig, als zu dem zu greifen, was sich bewährt hat und bewährt hat sich nur das Zwangssystem oder das System, welches wir auch in Vorschlag bringen, und wie es in Oberösterreich eingeführt ist, das Kontingentierungssystem, bei Abfuhr des Kontingentviehes die Freigabe von Vieh über das Kontingent, wie wir es in dieser Form ja auch in Steiermark gehabt haben. Nur geht man in Oberösterreich vor gegen die Nichtablieferer, während man bei uns in Steiermark dieselben schützt und straflos läßt. Dieses System ist auch gangbar, da es ja, wenn es richtig durchgeführt wird, jeden gleichmäßig drückt und verschiedene Ausnahmen nicht aus wirtschaftlichen Rücksichten gemacht werden. Führen Sie ein solches System durch und Sie werden sehen, daß auch

die Bauernschaft, welche ihrer Verpflichtung nachkommt, mit Ihnen und mit uns zufrieden sein wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Dr. Häbler: Ich habe im Auftrage meiner Partei einen Beschlußantrag zu stellen und will ihn kurz begründen. Die heutige Wechselrede hat mit ihren, zum großen Teile starken polemischen Spitzen, kein Ergebnis gezeitigt, welches den Hunger eines Pensionisten oder Arbeiters stillen könnte; es sind im Gegenteil Standpunkte vorgebracht worden, die sich einander nicht näherten, so daß man den Eindruck erhalten hat, den man beim alten Militär bei einer militärischen Übung erhielt, wenn es hieß: „Auf der Stelle marschieren.“ Es hat dies schön ausgesehen, aber weiter ist man nicht gekommen. Der Beschlußantrag, den ich stelle, soll etwas retten und soll den Weg gehen, der vom Herrn Landesrat Machold eingeschlagen wurde, daß nämlich derartige Fragen nur einvernehmlich zu lösen sind, und der einen Gedanken herausgreift, auf den immer wieder zurückgekommen wird, und das ist nicht das System der Staffellung nach verschiedenen Stufen und Graden, sondern daß man heute in Deutschösterreich den Mut haben muß, zu sagen, wo die ärmsten Schichten der Bevölkerung sind. Wir sind ja alle arm, mit Ausnahme einer gewissen Schichte unseres Volkes, der Juden, Schieber und Wucherer, die abgefault vom Volkskörper überhaupt nicht zu demselben zu rechnen sind, die keinen Anteil an dem Leiden des Volkes haben, überhaupt kein Recht, sich als Volksgenossen zu bezeichnen. Im übrigen, glaube ich, wird eine einvernehmliche und sachliche Prüfung dieser Frage, wenn sie von sachlichem Interesse, Verantwortungsgefühl und gutem Willen der Durchführung getragen ist, ein besseres Ergebnis zeitigen als eine polemische Debatte und ein in das Haus geworfener Antrag, der zu einer Zwangsabstimmung führt. Ich will nun kurz den Beschlußantrag verlesen, der einen Rahmen für weitere Verhandlungen offen läßt und das herausgreift, was ich in meinen kurzen Ausführungen angeschnitten habe, und bitte ich das hohe Haus, für den Antrag zu stimmen. Der Antrag lautet (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Kommission aus den Vertretern aller Parteien, Fachmännern und auch Vertretern der Produzenten und Konsumenten zusammenzurufen, die die bessere Fleischversorgung der Bevölkerung vor allem nach folgenden Richtlinien zu regeln haben: 1. die Schärfste Unterbindung des Schleichhandels, Verbilligung des Fleischbezuges für die ärmsten Be-

völkeringsschichten (Pensionisten, Angestellten und Kleinrentnern usw.) und Beschränkung des Fleischgenusses für die begüterten Schichten."

Ich bitte, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Ferner stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte. (Zwischentruf: „Das gibt es nicht!") Wenn Sie der Meinung sind, daß ich die Redefreiheit unterbinde, dann ziehe ich meinen Antrag auf Schluß der Debatte wieder zurück.

Präsident Köbl: Nachdem kein weiterer Redner vorgemerkt ist, bringe ich die beiden Beschlußanträge zur Abstimmung. Der erste Beschlußantrag des Herrn Abgeordneten Krawagna lautet (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zum Schutze der konsumierenden Bevölkerung unverzüglich die schärfsten Maßnahmen zur Eindämmung des maßlosen Vieh- und Fleischwuchers zu treffen. Als solche Maßnahmen verlangt der Landtag:

Wiedereinführung der Zwangsabstellung bei Festsetzung von Höchstpreisen für Vieh- und für Fleisch, eventuell Regelung des Vieh- und Fleischverkehrs nach dem österreichischen Muster.

Unterbindung des Fleisch-Schleichhandels in und außer dem Lande.

Strengste Vorschriften zur Eindämmung des übermäßigen Fleischgenusses einzelner Schichten der Bevölkerung und strengste Ahndung der Dawiderhandelnden."

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Landesrat Machold: Ich bitte zur Abstimmung zum Antrage des Herrn Kollegen Dr. Hübler.

Herr Landesrat Dr. Hübler hat den Antrag gestellt, es möge im Wege einer Kommission versucht werden, die Fleischfrage zu lösen; er hat als diejenigen Kreise, die einer Fleischverbilligung würdig wären, nur begrenzte, bestimmte Kategorien von Angestellten und Arbeitern angeführt. Nachdem wir auf dem Standpunkt stehen, daß auch durch diese Kommission nicht viel herauskommen wird — wir haben ja schon solche Beratungen nicht einmal, sondern hundertmal mitgemacht — und da es ja der Landesregierung nicht verwehrt ist, im eigenen Wirkungskreise das zweckentsprechende zu veranlassen und, wenn die Landesregierung glaubt, daß im Wege einer solchen Beratung etwas erreicht werden kann, was zum Vorteil aller Konsumenten ausschlägt, kann sie ja in der nächsten Sitzung Vorschläge machen — und glauben wir, daß es nicht notwendig ist, heute einen solchen Antrag zu stellen und werden wir auch nicht dafür stimmen.

Präsident Köbl: Ich bringe nunmehr den Beschlußantrag des Herrn Landesrates Dr. Hübler, der bereits früher vorgelesen wurde, zur Abstimmung.

(Der Beschlußantrag wird angenommen.)

Aufgelegt sind heute die Beilagen Nr. 60 bis 72. Nach § 29 der Geschäftsordnung werde ich diese Beilagen in der nächsten Sitzung zuweisen.

Infolge des in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusses wird die Beilage Nr. 10, das ist der Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend Erhöhung des Landesbeitrages zum Märzregulierungsobjekte Eisenbahnbrücke bei St. Marein bis Poschwehr im Bezirke Kindberg, dem Finanzausschusse zugewiesen, desgleichen über Beschluß des Landeskulturausschusses die Beilage Nr. 34, das ist der Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Schaffung eines Reservekreditfonds für die in Landesverwaltung stehenden Flußbauten zur Bedeckung allfälliger Bauverlagsabgänge zufolge nicht rechtzeitig einlangender Staats-, Bezirks- und Interessentenbeiträge und betreffend die zukünftige Abhängigmachung der Inangriffnahme von Flußbauten von der Beitragszusicherung durch die Baukonkurrenz. Hat jemand hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiben nunmehr zur Tagesordnung.

Punkt 1:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 6, betreffend die Umwandlung der für die bestandenenen Militärbildungsanstalten bestimmt gewesenen Landesstiftungsplätze in Stiftungsplätze an der Staats-Erziehungsanstalt in Graz-Liebenau.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Kaufmann.

Berichterstatterin des Finanzausschusses Kaufmann (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat mich beauftragt, Bericht zu erstatten über die Beilage Nr. 6, betreffend die Umwandlung der für die bestandenenen Militärbildungsanstalten bestimmt gewesenen Landesstiftungsplätze in Stiftungsplätze an der Staats-Erziehungsanstalt in Graz-Liebenau. Der frühere Landesausschuß hatte einen Kredit von 10.500 K für steiermärkische Landes-Stiftungsplätze an der Kadettenschule in Liebenau bestimmt. Nach dem Umsturze wurde diese Kadettenschule aufgelassen. Als dann die Räume wieder für eine Staats-Erziehungsanstalt eingerichtet waren, trat man an den Landesrat mit dem Ersuchen heran, dieselbe Summe

wieder für Landes-Stiftungsplätze in Liebenau zu gewähren. Der Landesrat hat nun in seiner Sitzung vom 20. Dezember 1919 beschlossen, den erwähnten Betrag für drei Stiftungsplätze zu bewilligen und im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Unterricht auch die Verleihungsmodalitäten vereinbart. Nachdem alle Mitglieder des hohen Hauses den Antrag gelesen haben, glaube ich in ihrem Sinne zu handeln, wenn ich die Verleihungsmodalitäten nicht insgesamt vorbringe, sondern nur jene Punkte berühre, bei welchen Änderungen im Finanzausschusse vorgenommen worden sind, und zwar zu Punkt 1 (liest):

„1. Das Verleihungsrecht für diese Plätze steht dem steiermärkischen Landesrate zu, welcher die betreffenden Stifflinge selbst zu präsentieren haben wird, wobei jedoch die tatsächliche Aufnahme in die Anstalt von der erfolgreichen Ablegung der vorgeschriebenen Aufnahmsprüfung abhängig gemacht wird. Bei nicht erfolgreicher Ablegung dieser Aufnahmsprüfung kann ein Gegenvorschlag zur Verleihung von der Unterrichtsverwaltung erstattet werden.“

Mit Rücksicht darauf, daß das Land bei Verleihung der Stiftungsplätze der Geldgeber ist, hat der Finanzausschuß diesen Punkt dahin abgeändert, daß der zweite Satz des Punktes 1 der Verleihungsbedingungen zu lauten hat (liest):

„Bei nicht erfolgter Ablegung dieser Aufnahmsprüfung kann ein neuerlicher Vorschlag von der Landesregierung erstattet werden.“

Ich bitte Sie, den Antrag in dieser Fassung anzunehmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 21, betreffend Subventionierung des Stadtschulrates Graz für Zwecke des Kinderwärmstubenbetriebes im Winter 1920/21.

Berichterstatterin ist ebenfalls Abgeordnete Frau Marianne Kaufmann.

Berichterstatterin des Finanzausschusses Kaufmann (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Ich muß ferner Bericht erstatten über die Beilage Nr. 21, den Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend Subventionierung des Stadtschulrates Graz für Zwecke des Kinderwärmstubenbetriebes im Winter 1920/21. Bereits im Winter 1919/20 hat der Stadtschulrat mit Rücksicht auf den großen Mangel an Beleuchtungs- und Beheizungsmaterial, in Graz 20 Kinderwärm-

stuben errichtet. Die Kinder haben dort wenigstens in der Zeit von 2 bis 6 Uhr abends eine erwärmte und licht beleuchtete Stube gehabt und außerdem noch eine Pause erhalten. Die Betriebskosten dieser Kinderwärmstuben belaufen sich auf 100.000 K. Nun hat der Stadtschulrat das Ersuchen an die Landesregierung gerichtet, einen Teil dieses Kostenaufwandes zu decken. Der Landesrat hat nun in seiner Vorlage die Summe von 50.000 K in Vorschlag gebracht. Der Finanzausschuß hat mit Rücksicht auf den sozialen Zweck dieser Kinderwärmstuben dem Antrage des Landesrates stattgegeben und ebenfalls eine Summe von 50.000 K für die Subvention der Kinderwärmstuben in Graz beantragt. Ich schließe mich diesem Antrage an und bitte das hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen. Derselbe lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Stadtschulrat Graz wird für Zwecke des Kinderwärmstubenbetriebes im Winter 1920/21 eine Beihilfe in der Höhe von 50.000 K aus dem Landesfonds gewährt.“

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Punkt 3 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 20, betreffend Gewährung einer einmaligen Subvention von 40.000 K an die Anstalt der Schulschwestern in Graz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Rudolf Seehofer.

Berichterstatter des Finanzausschusses Seehofer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Im Auftrage des Finanzausschusses erstatte ich Bericht über eine Subvention der Schulschwestern von 40.000 K. Die Schulschwestern unterhalten hier in Graz einen Kindergarten, eine sechsklassige Volks- und eine vierklassige Bürgerschule, sowie eine Näh-, Flick- und Kochschule und einen Jugendhort. Als einzige normale Einnahmequelle verfügen sie über das Schulgeld. Wenn wir die Kinder anschauen, die in diese Schule gehen, so sehen wir, daß es vorwiegend Kinder des ärmeren Mittelstandes und Arbeiterstandes sind, und zwar Kinder, die sich aus allen Parteien rekrutieren und die diese Schule nur besuchen wegen der Güte der Schule. Eine Erhöhung des Schulgeldes ist aus den angeführten Gründen ausgeschlossen. Die Schulschwestern leiden schwer darunter, weil das ganze Anstaltsgebäude während des Krieges vom Staate beansprucht wurde und sie für die Reparaturkosten der Wiederherstellung noch nicht das geringste erhalten

haben. Aus diesem Grunde haben sie das Ansuchen gestellt, um eine Subvention von 40.000 K, da die Geldentwertung seitdem vorgeschritten ist, wurde im Finanzausschusse der Antrag auf Erhöhung dieser Subvention auf 60.000 K angenommen und ich stelle im Namen des Finanzausschusses den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Anstalt der Schulschwestern in Graz wird eine einmalige Unterstützung von 60.000 K aus dem Landesfonds gewährt.“

Abgeordnete **Tausk**: Im Namen meiner Fraktion möchte ich erklären, daß wir für diesen Antrag nicht stimmen können. Wir sind grundsätzliche Gegner der konfessionellen Schulen, weil wir Gegner jeder Verbindung von Kirche und Schule sind. Wir treten überall für die Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule ein und können daher nicht für konfessionelle Schulen sein, die die Trennung von Kirche und Schule unmöglich machen. Aber, wenn sie wo bestehen, so sind wir dafür, daß sie für die Kosten der Erhaltung selbst aufkommen, daß die Glaubensgenossen, die an der Erhaltung interessiert sind, die Kosten der Schule bestreiten. Sie sollen das Schulgeld erhöhen oder an den Opfermut der Glaubensgenossen appellieren, aber aus öffentlichen Mitteln sollen konfessionelle Schulen grundsätzlich nicht erhalten werden. Ich ersuche daher das hohe Haus, diesen Antrag abzulehnen. Aber nachdem bei der geistigen Verfassung dieses Hauses wenig Aussicht besteht, daß dieser Antrag wirklich abgelehnt wird, so möchte ich im Falle, daß er angenommen wird, den Zusatzantrag stellen, und zwar soll die Subvention aus Landesmitteln dieser konfessionellen Schule nur dann gewährt werden, wenn die Bestellung der Lehrkräfte für diese Schule unter ganz denselben Bedingungen und unter denselben Voraussetzungen vom Landesschulrate auf Antrag des Bezirksschulrates erfolgt, wie die Ernennung der öffentlichen Lehrer an öffentlichen Schulen. Ich bitte daher folgenden Zusatzantrag anzunehmen (liest):

„zwischen den Worten „aus dem Landesfonds“ und „gewährt“ sind die Worte einzufügen, „unter der Bedingung, daß die Bestellung der Lehrkräfte dem Landesschulrate unter ganz denselben Voraussetzungen und Modalitäten übertragen wird, wie die Ernennung der Lehrkräfte für öffentliche Schulen.“

Ich bitte Sie, diesen Zusatzantrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Berichterstatter **Seehofer**: Ich möchte das hohe Haus ersuchen, den Antrag des Finanzausschusses und

Landesrates anzunehmen und beide Anträge der Abgeordneten **Tausk** abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen. Es ist diese Sache im Finanzausschusse erwogen worden und es hätten die Herren Sozialdemokraten dort Gelegenheit gehabt, ihre Ansicht zu äußern. Es ist nicht geschehen, die Herren haben nicht für einen solchen Antrag gestimmt und keinerlei Bedenken geäußert oder einen ähnlichen Zusatzantrag gestellt, der geeignet gewesen wäre, unsere wesentlichen Bedenken gegen den jetzigen Zusatzantrag zu zerstreuen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, man kann ganz gut konfessionelle Schulen unterstützen, solange man Vereine, die politischer Natur sind, wie verschiedene Wohltätigkeits- und andere Vereine unterstützt. Weiters möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Sie durch diese Subvention nur eine Anstalt unterstützen, die von hervorragendem Rufe ist und die auf der anderen Seite Kosten erspart, die Sie sonst aus eigenen Mitteln tragen müßten.

Abgeordnete **Tausk** (zu einer tatsächlichen Berichtigung): Ich möchte tatsächlich berichtigen, daß es keine Neuheit ist, daß wir diesen Standpunkt einnehmen. Wir hatten es im Finanzausschusse nicht notwendig, diesen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, nachdem wir gelegentlich der Debatte über die evangelische Schule einen ganz ähnlichen Standpunkt eingenommen und einen ganz ähnlichen Antrag gestellt haben. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident **Kölbl**: Ich ersuche um die entsprechende Unterstützung des Zusatzantrages der Frau Abgeordneten **Tausk** (Geschieht). Ist unterstützt.

Ich lasse zuerst den Hauptantrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung bringen, das ist der Antrag des Finanzausschusses. Ich ersuche die Mitglieder des Hauses, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der selbe ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Ich bringe jetzt den Zusatzantrag der Frau Abgeordneten **Tausk** zur Abstimmung und ersuche diejenigen, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) (Unruhe — Zwischenruf seitens der sozialdemokratischen Partei: „Wo sind denn die Großdeutschen? Wahrscheinlich haben sie sich verzogen.“)

Ich konstatiere, daß für diesen Zusatzantrag überhaupt niemand die Hand erhoben hat.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist Punkt 4:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 41, in Angelegenheit der Weiterbelassung provisorisch aufgenommener Hilfskräfte.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Abgeordneter Rudolf Seehofer.

Berichterstatter des Finanzausschusses Seehofer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich erstatte Bericht über die Beilage Nr. 41. Es wurde im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Hilfskräften im Lande provisorisch aufgenommen, weil dafür ein dringender Bedarf vorhanden war. Es geschah dies dadurch, daß den Ländern von seiten des Staates eine Reihe von Geschäften übertragen wurde, die einen Mehrbedarf an Kräften notwendig machten. Der Finanzausschuß hat beschlossen, diesem Antrag zuzustimmen unter Streichung des Satzes „welche keinen Anspruch auf Definitivstellung besitzen“, und zwar ist dies deswegen geschehen, weil eine gewisse Beunruhigung unter den Beamten des Staates herrscht, daß sie tatsächlich aus dem Amte entfernt werden könnten. Nun besteht keine Gefahr und kein Grund zur Beunruhigung und aus formalen Gründen wird im Einverständnis der Parteien dieser Satz: „welche keinen Anspruch auf Definitivstellung besitzen“, aufrecht erhalten. Es lautet infolgedessen der Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird ermächtigt, die provisorisch aufgenommenen Hilfskräfte, welche keinen Anspruch auf Definitivstellung besitzen, bis auf weiteres, solange die unbedingte Notwendigkeit der Weiterbelassung derselben vorhanden ist, im Landesdienste zu belassen.“

Ich bitte, für diesen Antrag zu stimmen.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Punkt 5 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 32, über das Ansuchen des Landesverbandes für Wohltätigkeit in Steiermark um Subvention.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Anton Saringer.

Berichterstatter des Finanzausschusses Saringer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich wurde vom Finanzausschusse beauftragt, über die Beilage Nr. 32 zu berichten. Dieselbe beinhaltet einen Bericht des steiermärkischen Landesrates über das Ansuchen des Landesverbandes für Wohltätigkeit in Steiermark um Subvention. Die ziemlich umfangreiche Begründung des Landesrates beinhaltet hauptsächlich folgendes:

Neben einer unentgeltlichen Auskunftsstelle für Bedürftige und Wohlfahrts Einrichtungen und der Verwaltung des sogenannten Zentralfonds für Jugend-

fürsorge, dessen Mittel zur Deckung eines Teiles der Anstaltskosten für Fürsorgezöglinge verwendet werden, hat der Verband die Blätter für Armenwesen herausgegeben, welche späterhin unter dem Titel „Blätter für Jugendfürsorge und Armenwesen“ erschienen sind und auch heute noch erscheinen.

Das ist so ziemlich die Hauptsache aus der gesamten Begründung und der Antrag, den der Landesrat stellt und dem sich der Finanzausschuß angeschlossen hat, hat folgenden Wortlaut (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Landesverbande für Wohltätigkeit in Steiermark, beziehungsweise dem an seine Stelle tretenden Landesverbande des deutschösterreichischen Verbandes für Wohlfahrtspflege wird für das Jahr 1921 eine Beihilfe im Betrage von 12.000 K bewilligt.“

Ich bitte diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Punkt 6 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 38, über das Ansuchen des steiermärkischen Landesverbandes für Trinkerfürsorge um eine Beihilfe.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Sonnhammer.

Berichterstatter des Finanzausschusses Sonnhammer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Im Auftrage! des Finanzausschusses erlaube ich mir Bericht zu erstatten über das Ansuchen des steiermärkischen Landesverbandes für Trinkerfürsorge um eine Beihilfe. Der Verband hat Ende November des vorigen Jahres an den Landtag eine Bitte gerichtet um Gewährung einer Subvention. Diese Bitte war hauptsächlich gestützt darauf, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung sich bereit erklärt hat, dem Verbands einen Betrag von 10.000 K zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung, daß erstens ein gleicher Betrag vom Lande bewilligt wird und zweitens unter der Bedingung, daß der Verband sich jenen Bestimmungen unterwirft, welche von der Landesregierung, Abteilung XI, aufgestellt sind. Diese Bedingungen gehen dahin, daß

1. in den engeren Arbeitsausschuß der Trinkerfürsorgefelle ein Vertreter der Landesregierung und außerdem ein von der Landesregierung bezeichneter Arzt gewählt werden muß,
2. halbjährig Rechnung gelegt werde, unter Anschluß aller Rechnungsbelege, damit die Landes-

regierung die Sachverständigenprüfung veranlassen kann, und

3. halbjährig eingehend Bericht erstattet werde über die gesamte Vereinstätigkeit, besonders der Fürsorgestelle.

Es ist hinsichtlich dieses Ansuchens hervorzuheben, daß die vorläufigen Bilanzen den Einnahmen und Ausgaben mit 25.400 K nach dem Voranschlage beziffert sind, wobei jedoch zu berücksichtigen kommt, daß hierbei schon eine staatliche Subvention von 10.000 K und weiters eine Subvention von 10.000 K von Seite des Landes in Rechnung gestellt erscheinen, so daß aus eigenen Mitteln des Vereines 4900 K aufgebracht werden sollen. Es muß nun darauf hingewiesen werden, daß ein derartiger Zustand, wo die Privatinitiative auf sozialem Gebiete in erster Linie damit rechnet, daß sie vorwiegend auf Beihilfe aus öffentlichen Mitteln angewiesen ist, durchaus nicht als wünschenswert bezeichnet werden kann. Bei solchen Bestrebungen auf sozialem Gebiete soll der Vereinszweck in erster Linie erreicht werden durch die Mittel, welche der Verein durch seine eigenen Mitglieder aufzubringen in der Lage ist und erst dann, wenn infolge Erweiterung des Wirkungskreises des Vereines die Mittel aus eigenem nicht mehr aufgebracht werden können, dann sollen aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse gegeben werden, um den Vereinszweck zu erreichen.

In diesem vorliegenden Falle handelt es sich um ein jedoch völlig neues Unternehmen, um eine Sache, die erst in die Wege geleitet werden soll. Es sind nun bezüglich des Wirkungskreises dieses Verbandes Erhebungen gepflogen worden. Der Verband steht unter der Leitung des Hochschulprofessors Friedrich Reiniher. Es ist konstatiert worden, daß der Verband eifrig bestrebt ist, seine Aufgaben tatsächlich zu erfüllen; auf eine besondere Befähigung hinzuweisen ist bis jetzt der Verbandsleitung nicht möglich gewesen, es entspringt dies der Ursache, daß die materiellen Mittel bisher nicht vorhanden waren. Es muß jedoch gesagt werden, daß im Verbande ein ernster Mann der Wissenschaft am Werke ist, welcher den Bestrebungen des Verbandes nachzukommen bereit ist.

Daß die Trinkerfürsorge und die Bekämpfung des Alkoholismus eine sehr wichtige Rolle in allen Bestrebungen zur Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit des Volkes darstellt, kann nicht bestritten werden. Es soll aber noch hinzugefügt werden, daß es noch fraglich erscheint, ob das Land in der Lage ist, beziehungsweise in der Lage sein wird, auch in Zukunft die immerhin ziemlich bedeutenden Beträge für derartige Zwecke aufzuwenden, ob also die Förderung, welche diesem Teil der Fürsorge zukommt,

eine dauernde sein kann. Auch das Zustießen staatlicher Mittel für den in Rede stehenden Zweck ist für die Zukunft kaum gesichert.

Vielleicht wird der Landesverband für Trinkerfürsorge aber dadurch, daß ihm für die erste Zeit durch öffentliche Mittel hinüber geholfen wird, späterhin in die Lage kommen, durch eigene Einnahmen höhere Beträge, als sie bisher in Aussicht stehen, zu erlangen und ist in diesem Falle vielleicht ein Abbau der Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln möglich, obwohl damit nicht mit Sicherheit gerechnet werden kann, umfoweniger, als mit der Ausbreitung der Tätigkeit auch eine Erhöhung der Erfordernisse einhergehen dürfte.

Im Finanzausschusse wurde nun übereinstimmend konstatiert, daß ein Betrag von 10.000 K, der ursprünglich als Subvention des Landes in Aussicht genommen war, wohl nicht hinreichen dürfte, um dieses Unternehmen über den schwierigen Anfang hinwegzubringen und es ist die Auffassung zu Tage getreten, daß es notwendig ist, dem Verbande jene Mittel zu gewähren, welche gewährleisten, daß eine entsprechende Tätigkeit des Verbandes erreicht werden kann und in diesem Falle auch wirklich eine intensivere Tätigkeit vom Verbande erlangt werden kann. Aus diesem Grunde ist der Finanzausschuß zu dem Entschlus gekommen, die Subvention, die ursprünglich mit 10.000 K angesetzt war, auf 20.000 K zu erhöhen. Ich stelle daher im Auftrage des Finanzausschusses folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Landesverbande für Trinkerfürsorge wird zur Ermöglichung der Fortführung seiner Fürsorgestelle eine Beihilfe von 20.000 K für das Jahr 1921 unter der Bedingung bewilligt, daß er die von der steiermärkischen Landesregierung ihm vorgeschriebenen Bedingungen einhalte und auch dem Landesrate die nötigen Beihilfe liefert.“

Ich bitte das hohe Haus um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Wir gelangen nun zu Punkt 7 der Tagesordnung, das ist:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 1 des Hugo Schuster, Landeshilfsämterdirektors i. P. und des Josef Heinisser, Landeshilfsämtervizedirektors i. P., um Beförderung ad personam in die VII. Rangsklasse.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Sonnhamer.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Sonnhammer** (von der Rednerbühne): Des weiteren habe ich dem hohen Hause im Auftrage des Finanzausschusses zu berichten über die Petition des **Hugo Schuster**, Landeshilfsämterdirektors i. P., und des **Josef Heinisser**, Landeshilfsämtervizedirektors i. P., um Beförderung ad personam in die VII. Rangsklasse.

Das Ansuchen der Gesuchsteller lautet (liest):

„Die ergebenst Gefertigten, Landeshilfsämterdirektor **Hugo Schuster** und Vizedirektor **Josef Heinisser** richten an den hohen Landtag die ergebenste Bitte um Beförderung ad personam in die VII. Rangsklasse mit folgender Begründung:

Im Monat September 1919 haben die Gefertigten auf Grund des Pensionsbegünstigungsgesetzes um ihre Pensionierung angesucht, weil zu dem damaligen Zeitpunkt die Bedingungen, unter denen die Beamten in Pension gehen konnten, wirklich solche waren, daß man von einer besonderen Begünstigung sprechen konnte. Leider wurden wir bald belehrt, daß dieser Schrift für uns ein sehr nachteiliger war, denn schon im Monate Dezember wurden die noch im September im Gesetze gewährten Zulagen von 980 K jährlich eingestellt. Durch die hohe Gnade des hohen Landesrates wurden im Jahre 1920 die Pensionen in dem Ausmaße erhöht, als die Beamten, welche im März 1920 in die Pension gingen, die Pension erhielten. Mittlerweile sind aber durch das Besoldungsübergangsgesetz die Stellen in den Ämtern vermehrt, die Wartezeiten für die Vorrückung verkürzt worden, sind Beförderungen vorgenommen worden, so daß dadurch an Dienstjahren jüngere Beamte als die Gefertigten, die VII. Rangsklasse erhielten, die wir gewiß auch erreicht hätten, wenn wir uns nicht durch die früherischen Verlockungen des Pensionsbegünstigungsgesetzes hätten verleiten lassen, in Pension zu gehen, womit wir nur die 3. Gehaltsstufe der VIII. Rangsklasse erhielten.

Weiters würden unsere Frauen nach unserem Tode die gewiß große Wohltat der erhöhten Witwenpension genießen, das für uns heute schon eine Beruhigung wäre.

Aus den oben angeführten Gründen glauben die Gefertigten, daß ihre Bitte als nicht unbegründet und unbescheiden angesehen werden wird und bitten demnach um gnädige Erfüllung derselben.

Der hohe Landesrat hat ja in unseren Pensionsdekreten unsere langjährige eifrige und stets erpriesliche Dienstleistung anerkannt, so daß wir hoffen, der hohe Landtag wird Beamten, die stets ehrlich und gewissenhaft gedient, auch nach außen hin das Dekorum

stets gewahrt haben, diese bescheidene Bitte erfüllen und die VII. Rangsklasse verleihen.“

Hierzu wäre zu berichten, daß die Gesuchsteller gegenwärtig einen Monatsbetrag von 2512 K besitzen und zwar in der VIII. Rangsklasse, 3 Gehaltsstufe, und daß durch die aufrechte Erledigung ihrer Bitte sie einen monatlichen Mehrbezug von nur 168 K erreichen würden, zusammen daher ein jährliches Mehrerfordernis von 2016 K. Es wird weiters von der amtlichen Stelle bestätigt, daß die im Gesuche geschilderten Pensions- und Vorrückungsverhältnisse richtig sind, daß die Gesuchsteller keinen Anspruch auf eine Beförderung in eine höhere Rangsklasse haben. Mit Rücksicht auf die allgemeine prekäre Lage, die zweifellos in den Kreisen der Pensionisten festgestellt werden muß und mit Rücksicht darauf, daß von der amtlichen Stelle die im Gesuche angeführte Bitte als berücksichtigungswürdig anerkannt wurde, bitte ich Sie um aufrechte Erledigung dieser Petition.

Der Antrag des Finanzausschusses lautet (liest):

„Der Petition des **Hugo Schuster**, Landeshilfsämterdirektors i. P., und des **Josef Heinisser**, Landeshilfsämtervizedirektors i. P., um Beförderung ad personam in die VII. Rangsklasse wird mit Rückwirkung ab 1. Mai 1920 Folge gegeben.“

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident **Röbl**: Wir gelangen nun zum Punkt 8 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 42, in Angelegenheit der Beförderung des Landes-Oberrechnungsrates i. R. **Johann Hofer** in die VI. Rangsklasse, 1. Gehaltsstufe.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Schreckenthäl**.

Berichterstatter **Schreckenthäl** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Es liegt vor der Bericht der steiermärkischen Landesregierung in Angelegenheit der Beförderung des Landes-Oberrechnungsrates i. R. **Johann Hofer** in die VI. Rangsklasse, 1. Gehaltsstufe.

Die Landesregierung hat den Antrag gestellt (liest):

„Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1921 wird Oberrechnungsrat **Johann Hofer** gnadenweise in die VI. Rangsklasse, 1. Gehaltsstufe, befördert.“

Der Finanzausschuß hat sich veranlaßt gesehen, den Antrag dahin zu ändern, daß er nunmehr lautet (liest):

„Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1920 wird Oberrechnungsrat **Johann Hofer** in die VI. Rangsklasse, 1. Gehaltsstufe, befördert.“

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme des Antrages.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident Köbl: Somit ist auch dieser Teil der Tagesordnung erledigt. Ich erteile nun dem Herrn Landesrat Dr. Hübler zur Begründung seines Dringlichkeitsantrages das Wort.

Landesrat Dr. Hübler: Hoher Landtag! Die Wiedergutmachungskommission ist an die Regierung mit der Forderung herangetreten, mit der uns durch den Friedensvertrag abgepreßten Ablieferung von Vieh zugunsten der Nachfolgestaaten zu beginnen. Es handelt sich um die Ablieferung von 6000 Stück Milchkühen, und diese Ablieferung von 6000 Milchkühen ist nur ein kleiner Teil einer Erpressungssumme, die außerdem noch 2000 Jungkühe, 3000 Kälber, 100 Stiere, 2000 Schweine, 2000 Zuchtpferde und 2000 Schafe umfaßt.

Hohes Haus! Die heutige Wechselfrede über die Regelung der Fleischfrage gibt einen düsteren Hintergrund für die ungeheure Grausamkeit und Frivolität dieser Forderung. Fragen wir uns, in welchem Zeitpunkte diese Forderung nach Ablieferung von 6000 Milchkühen an Deutschösterreich gestellt wird? In einem Zeitpunkte, wo die Säuglingssterblichkeit in Deutschösterreich auf das höchste gestiegen ist, in einem Zeitpunkte, wo die Staatsregierung monatlich 85 Millionen Kronen für ausländische Kondensmilch ausgibt, in einem Zeitpunkte, da wir mit dem Milchbezuge für Kinder und Kranke tatsächlich auf die Barmherzigkeit des Auslandes angewiesen sind. Und frage ich weiters, an wen und zu wessen Gunsten wir diese Ablieferung durchführen sollen, so ist es zugunsten jener Nachfolgestaaten, mit denen wir im Kriege nie die Waffen gekreuzt haben, sondern die zusammen mit uns Krieg geführt haben, und die endlich, wie Rumänien, Jugoslawien und Italien, im Überfluß an Vieh und Milch schwelgen. Infolgedessen ist es wohl ein Gebot der Selbsterhaltung und der Gerechtigkeit, wenn die Staatsregierung dieser Forderung ein starres und energisches Nein entgegensetzt, und ich beantrage daher nachfolgenden Dringlichkeitsantrag (liest):

„Der steiermärkische Landtag spricht seine Ent-
 rüstung über die erpresserische Forderung der Ab-
 lieferung von 6000 Stück Milchkühen an Süd-
 slawien, Rumänien und Italien aus, die das Leben
 der Kinder Deutschösterreichs bedroht, und fordert
 die Landesregierung auf, die energische Zurückwei-
 sung dieser Forderung bei der Bundesregierung zu
 vertreten.“

Wir haben angesichts der Notlage, die sich aus der heutigen Wechselfrede ergibt, eine schärfere Fassung beantragt. Wir sind aber geneigt, wenn das hohe Haus sich für eine andere Fassung entscheidet, welche das Wesentliche unserer Forderung enthält, im Sinne eines einheitlichen Vorgehens diesen Antrag zugunsten eines anders gefaßten zurück-zuziehen.

Abgeordneter Schreckenthaf: Mit Schaudern und Grauen haben wir aus den Zeitungen erfahren, daß die Entente von uns, dem bettelarmen Österreich, die Ablieferung von 6000 Milchkühen verlangt, außerdem die Ablieferung von Jungvieh und von Pferden, kurz von allem, was in dem Friedensvertrage von St. Germain geschrieben steht. Die Entente hat sich auf den Standpunkt gestellt, wie Schlock auf ihrem Scheine zu bestehen. Was in dem Friedensvertrage steht, das muß erfüllt werden. Jeder in Österreich weiß, daß die Ablieferung von 6000 Milchkühen in der Qualität, wie sie die Reparationskommission verlangt, eine Unmöglichkeit ist. Sie verlangen Kühe von erster Beschaffenheit, in einem bestimmten Lebensalter, mit einer Melkleistung, die als Rekordleistung anzusehen wäre, das alles zu einer Zeit, wo die österreichische Regierung gezwungen ist, in einem Monat über 85 Millionen Kronen für Kondensmilch auszugeben. Die Forderung würde gleichbedeutend sein, mit dem Verlangen und dem Bestehen auf der Forderung, daß in Österreich Tausende und Tausende dahinstehen und dahinstirben. Wir haben uns erlaubt, einen Antrag zu unterbreiten, in welchem der Herr Landeshauptmann aufgefordert wird, bei der Bundesregierung sofort vorstellig zu werden, alle Schritte zu unternehmen, um die Entente von dieser Forderung abzu-bringen. Ich glaube, darauf rechnen zu können, daß das hohe Haus diesem Antrage, den wir uns einzubringen erlaubt haben, einstimmig zustimmen werde.

Präsident Köbl: Aus den Worten des Herrn Landesrates Dr. Hübler glaube ich schließen zu können, daß er seinen Antrag zugunsten des zweiten Antrages zurückzieht, wenn sich das hohe Haus für die andere Fassung des Antrages entscheidet.

Landeshauptmann Dr. Rintelen: Hohes Haus! Ich glaube wohl nicht erst versichern zu müssen, daß sich auch meine Partei dem Antrage des Herrn Vorredners auf das wärmste und entschiedenste anschließt und es begrüßen würde, wenn im Interesse einer wirksamen Aktion Veranlassung getroffen würde, alles das zu unternehmen, was durch die Erklärung des Herrn Landesrates Hübler eingeleitet ist. Ich wollte im Namen der Landesregierung bemerken, daß ein Tele-

gramm bereits an die Bundesregierung abgegangen ist, worin aufmerksam gemacht wird, daß die Durchführung dieser Maßregel mit Rücksicht auf die Milch- und Fleischversorgung das Hinmorden Tausender von Kranken und Kindern bedeuten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Der Beschluß des Landtages wird dem Telegramm den nötigen Nachdruck geben und ich werde nicht verfehlen, neuerlich auch im Sinne des Beschlusses bei der Bundesregierung vorstellig zu werden. (Beifall.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Hohes Haus! Ich kann namens meiner Partei erklären, daß wir die Forderung, die von den Nachfolgestaaten gestellt worden ist, für äußerst unbillig halten, unbillig deshalb, weil sich der Staat in einer großen Notlage befindet und die Bevölkerung am Hungertuche nagt. Infolgedessen sollen alle Mittel in Anwendung gebracht werden, die eine solche Abgabe von Milchkühen und Rindvieh verhindern sollen. Infolgedessen werden wir für den Antrag des Herrn Abgeordneten **Schreckenthall** stimmen.

Landesrat **Dr. Hübler**: Wir vereinigen unseren Antrag mit jenem des Herrn Abgeordneten **Schreckenthall**, das heißt wir ziehen unseren zurück.

Präsident **Köbl**: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, so bringe ich den Antrag des Herrn Abgeordneten **Schreckenthall**, der genügend unterstützt ist, zur Abstimmung. Ich ersuche diejenigen Abgeordneten, welche für die Annahme des Antrages sind, die Hände zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Folgende Anträge wurden überreicht (verliest die Überschriften, Verzeichnis Seite 108).

Diese Anträge werden geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet Mittwoch, den 30. März um 10 Uhr vormittags statt mit folgender

Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten

Wichan, Gartner und Genossen, Beilage Nr. 16, betreffend die Aufhebung der Geflügelhöchstpreise und der Ausfuhrbeschränkungen aus Steiermark in andere Länder des Bundesstaates Deutschösterreich.

2. Bericht des Landeskulturausschusses, Beilage Nr. 83, über den Bericht des Landesrates, Beilage Nr. 3, betreffend Änderung des Gesetzes vom 14. April 1915, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 42, über den Schutz der Alpenflora.

3. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 48, betreffend die Freizügigkeit der Landwirtschaftslehrer.

4. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Mikola, Zenz** und Genossen, Beilage Nr. 15, betreffend die Errichtung einer den bestehenden Vorschriften entsprechenden mehrjährigen Pflegereinschule in Verbindung mit kürzeren Einführungs- und Fortbildungskursen für Wärterinnen und Pflegerinnen und der Vorbereitung für die Diplomprüfung.

5. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Mikola, Steinberger** und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausbildung von Aufsichtsorganen für die Ziehkinderaufsichtsstellen.

Wird gegen diese Tagesordnung eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Die Tagesordnung ist daher genehmigt.

Folgende Ausschusssitzungen wurden angemeldet:

Morgen Mittwoch, den 16., um 10 Uhr vormittags, tagt der Landeskulturausschuß; der Finanzausschuß hält morgen, den 16. d., um 9 Uhr vormittags, eine Sitzung ab; der Unterrichts- und Erziehungsausschuß hält Mittwoch, den 30., nach der Haus-sitzung eine Sitzung ab.

Die Obmänner der Ausschüsse werden ersucht, die erledigten Gegenstände, die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen zu stellen sind, in der Präsidialkanzlei bekanntzugeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 9 Uhr 15 Min. abends.)